

# **offen-siv**

---

**Zeitschrift für Sozialismus und Frieden**

**6/2014**

---

**Spendenempfehlung: 2,00 €**

## **Wie kam es zur Gründung der DDR ?**

**Ein Beitrag  
zum 65. Jahrestag der Gründung  
der Deutschen Demokratischen Republik  
von  
Erich Buchholz**

Redaktionsnotiz.....	<b>Fehler! Text</b>
<i>Erich Buchholz: Wie kam es zur Gründung der DDR?</i> .....	5
Ein Wort zur DDR.....	6
<u>Schritte zur staatlichen Spaltung Deutschlands und zur</u>	
<u>Gründung der DDR</u> .....	8
Stalin wollte ein anderes Europa!.....	12
<u>Die Vorbereitung der Spaltung Berlins</u> .....	13
Schritte zur Spaltung Berlins.....	13
Noch keine Spaltung Deutschlands, aber der deutschen Arbeiterbewegung	16
Die schrittweise Spaltung Berlins – eine Kette gefährlicher	
Provokationen.....	19
Die erste Provokation: die „Luftbrücke“.....	22
Die nächste auf Spaltung Berlins ausgerichtete Provokation -	
der UGO-Putsch.....	24
Die dritte Provokation – die Schaffung einer Konteruniversität.....	28
Die politische Spaltung Berlins.....	30
Das weitere Schicksal Berlins, nunmehr nur Ostberlins.....	33
<u>Schritte zur unmittelbaren Spaltung Deutschlands</u> .....	42
Adenauers Grundgesetz und „seine“ BRD.....	44
<u>Die Gründung der DDR</u> .....	48
<u>Ein Nachwort</u> .....	50

### **Impressum**

#### **offen-siv, Zeitschrift für Sozialismus und Frieden**

Herausgeber: Frank Flegel

Geschäftsführung, Redaktion, Satz, Herstellung, Schreibbüro: A. C. Heinrich und F. Flegel

Druck: Druckservice orbital, Reichenau.

Bezugsweise: unentgeltlich, Spende ist erwünscht.

Postadresse: Redaktion Offensiv, Frank Flegel, Egerweg 8, 30559 Hannover,

Tel.u.Fax: 0511 – 52 94 782, Mail: [redaktion@offen-siv.com](mailto:redaktion@offen-siv.com), Internet: [www.offen-siv.net](http://www.offen-siv.net)

#### Spendenkonto:

In- und Ausland: Konto Frank Flegel,

IBAN: DE10 2505 0180 0021 8272 49, BIC: SPKHDE2HXXX;

Kennwort Offensiv.

## Redaktionsnotiz

Erich Buchholz zeigt uns in diesem Sonderheft, wie sich das Ringen zwischen dem Imperialismus, damals vor allem dem der USA und Großbritanniens, und der sozialistischen Sowjetunion im Zentrum Europas abspielte. Er zeigt uns dieses Ringen aus der einzig richtigen Perspektive, nämlich der des gesellschaftlichen Fortschritts.

Bevor ich auf die Arbeit von Erich Buchholz zurückkomme, möchte ich zur Frage der Hetzte gegen die DDR einige persönliche Erlebnisse aus der Welt des gesellschaftlichen Rückschritts, der BRD, in der ich aufwuchs, beisteuern.

Als ich hier in Hannover in die Grundschule ging, in die dritte oder vierte Klasse, das war 1962/1963, war Walter Ulbricht der Teufel in Person, die DDR hieß wechselweise „Soffjetzone“ (Adenauer), „Ostzone“ oder einfach nur „Zone“. Dementsprechend gab es die „Zonengrenze“ und das „Zonenrandgebiet“, welches besonders gefördert werden musste. Und „der Russe“ standen an der Elbe. An den Landstraßen standen Schilder, auf denen der Umriss der Landkarte Deutschlands in den Grenzen von 1939 zu erkennen war mit zwei Teilungslinie (in Stacheldraht) und der Aufschrift: „Dreigeteilt? Niemals!“ Mit Teilung waren gemeint a.) die polnischen - ehemals deutschen - Gebiete Schlesien, Pommern und Ostpreußen, b.) die sozialistische DDR und c.) die BRD, die sich aufführte als legitime Vertreterin „aller Deutschen“.

Als ich in die fünfte Klasse eines Gymnasiums kam, also im Lebensalter von 10 bis 11 Jahren, mussten wir als Schulklasse Pakete packen für „unsere notleidenden christevangelischen und christkatholischen Brüder und Schwestern hinter dem eisernen Vorhang“, dafür musste jede/r Schüler/in etwas mitbringen. Und wir sollten in der dunklen Jahreszeit Kerzen ins Fenster stellen als Zeichen unserer Anteilnahme für die Toten an der „Mauer“ und als Ausdruck dafür, dass wir immer an die besagten Brüder und Schwestern denken würden. Als Antwort auf die Pakete (Inhalt war meistens Mehl, Nudeln, Graupen, Erbsen, Bohnen, Linsen, Rosinen, Schokolade) kamen meistens irgendwelche nichtssagenden Dankesbriefe aus der „Zone“. Eines Tages aber bekamen wir einen von unseren Lehrern nicht vorhergesehen Brief einer sehr klugen Frau aus der DDR (leider weiß ich nicht mehr, wer sie war – aber sie hat sehr zu meiner Bildung beigetragen), in dem stand, dass sie sehr zu schätzen wisse, dass wir Kinder bereit seien, uns für Menschen in Not einzusetzen, dass unsere große Mitmenschlichkeit in diesem Falle aber von unseren Lehrern und den Machthabenden in der BRD missbraucht würde für eine menschenfeindliche Kriegspropaganda. Nebenbei erwähnte sie noch, dass in der DDR niemand vom Hungertod bedroht sei, weil man Mehl, Nudeln, Graupen, Erbsen, Bohnen und Linsen auch selber habe.

Natürlich war der Teufel los, unsere Lehrer hatten buchstäblich Schaum vor dem Mund vor Wut über so viel „Undankbarkeit“.

Mich hat das sehr nachdenklich gemacht. Denn wir, also meine Eltern, mein Bruder und ich, hatten im Keller einen Schrank stehen für den Fall eines Atomkrieges. Das ist jetzt wirklich kein Witz! Auf Empfehlung der Adenauer-Regierung sollten sich alle Bundesbürger einen Überlebensvorrat anlegen, am besten im Keller der Mietshäuser, mit dem sie drei Wochen dort unten ausharren könnten, dann wäre im Falle eines Atomkrieges die „schlimmste Strahlung“ vorbei und man könne wieder die Erdoberfläche betreten. Und so wurde dieser Schrank im Keller von meinen Eltern immer auf dem Laufenden gehalten mit Konserven, Geräuchertem, selbst Eingemachtem, Dosenbrot, Trockenkekse usw., einen Brunnen mit Handpumpe gab es auch. Bei Ablaufdatum wurden die Lebensmittel ausgetauscht.

Das muss man als Kind erstmal verdauen, es gab ja überall noch die Geschichten über die Gräueltaten des Kriegs zu hören, auch und gerade von meiner Mutter und meinem Vater.

Und dann schreibt jemand sehr überzeugend, dass unsere so hilfsbereiten Pakete für die „Ostzone“ einer menschenfeindlichen Kriegspropaganda nutzen würden. Und die größten Einpeitscher unter unseren Lehrern regen sich am meisten auf. Misstrauen entsteht. Und plötzlich hat das, was diese Frau aus der DDR in ihrem Brief schreibt, etwas zu tun mit diesem Vorrat im Keller.

Ich könnte noch weitere Beispiele anführen, aber es soll so genügen als Bild für die Lügengebäude, die vor uns aufgebaut wurden in der damaligen Situation. Wir sollten eingeschoren werden, ohne den Konflikt tatsächlich begreifen zu können, wir sollten instrumentalisiert werden, indem man uns verdummte.

Ich schreibe den Einstig in dieses Heft so persönlich, weil der Genosse Erich Buchholz den Prozess der Spaltung Deutschlands bei aller analytischen Klarheit auch als ein Betroffener darstellt. Erich Buchholz analysiert nämlich als jemand, der die Zeiten miterlebt hat, den Prozess der Spaltung Deutschlands, deckt die dahinter steckenden Interessen auf, zeigt die Klassenkampflinien, bringt eine Fülle wichtiger Informationen und bereichert dies alles mit persönlichen Erlebnissen und Begebenheiten.

Seine Arbeit ist ein Lehrbeispiel an gelungener Geschichtsaufarbeitung. Wir halten diese Art der Darstellung für sehr gelungen – auch und gerade für junge Genossinnen und Genossen, für die die damaligen Verhältnisse inzwischen „ziemlich weit weg“ sind.

Für uns Kommunistinnen und Kommunisten ist es unverzichtbar, sich dieses Beispiel des Klassenkampfes immer wieder vor Augen zu führen, dieses Beispiel des zähen Ringens des Imperialismus gegen den damals siegreichen Sozialismus um jeden Zentimeter seines Einflussbereiches und selbstverständlich damit verbunden um jeden einzelnen privatwirtschaftlichen Betrieb, um die Ablehnung jeglicher gesellschaftlicher Kontrolle, erst recht jeglicher Enteignung, der Zurückweisung eines jeglichen direkten Volksentscheids, stattdessen der Aufrüstung und Militarisierung Westdeutschlands gegen die konsequent antifaschistische Entwicklung in Ostdeutschland, für die Spaltung Deutschlands und gegen die DDR als einer ihrer entschlossensten Klassenfeinde.

Frank Flegel

**Spendenkonto Offensiv:**

**Konto Frank Flegel,**

**IBAN: DE 10 2505 0180 0021 8272 49,**

**BIC: SPKHDE2HXXX;**

**Kennwort: „offen-siv“.**

<p><i>Erich Buchholz: Wie kam es zur Gründung der DDR</i></p>
---------------------------------------------------------------

**Liebe Leserin, lieber Leser!**

Die DDR, die Deutsche Demokratische Republik, wurde nicht plötzlich, aus „heiterem Himmel“ heraus gegründet.

Diesem Ereignis ging ein längerer, sich über drei bis vier Jahre erstreckender Zeitraum mit scharfen Auseinandersetzungen zwischen „Ost“ und „West“ voraus.

Eine wesentliche Rolle spielte dabei Berlin als ehemalige Reichshauptstadt, genauer die Situation und Entwicklung in Berlin. Dort hatten nämlich alle vier Alliierten (mit eigenen militärischen Verbänden) „Platz genommen“. Obzwar sie gemäß den Vereinbarungen Berlin gemeinsam „verwalten“ sollten, war jedem dieser vier Alliierten ein eigener „Sektor“ zugeteilt. So gab es einen us-amerikanischen, einen britischen und einen französischen Sektor im Westen Berlins und einen sowjetischen Sektor in Ostberlin.

Obwohl die Repräsentanten der Sowjetunion, der USA und Großbritanniens im Potsdamer Abkommen noch eine gemeinsame völkerrechtliche Vereinbarung über das Schicksal und die Zukunft Deutschlands beschlossen hatten, ergaben sich im Alltag

der vier Besetzungen recht bald zunehmend Differenzen. Das Schicksal Berlins erwies sich zunehmend als „Muster“, als Vorstufe der Entwicklung in ganz Deutschland, also seiner Spaltung.

Deshalb sah ich mich veranlasst, dem Prozess der Spaltung Berlins in dieser Schrift besonderen Raum zu geben – zumal ich hier vieles „vor Ort“ ganz unmittelbar persönlich erlebte. Wen das nicht oder nicht so sehr interessiert, mag die Passagen über Berlin überspringen.

Nach einer knappen Einleitung zur DDR und den Abschnitten über Berlin folgen dann Bemerkungen zur Entstehung des Grundgesetzes, zum „ersten Gesicht“ der BRD (unter der Überschrift „Adenauers BRD“) und zur Schaffung des westdeutschen Teilstaates, der BRD, um dann die aus dieser Situation gezwungenermaßen vorgenommene Gründung der DDR zu behandeln.

## Ein Wort zur DDR

Am 7. Oktober 2014 jährt sich die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik, der DDR, zum 65. Mal.

Die DDR war zweifellos der einzige deutsche Friedensstaat. Von ihm wurden **keine kriegerischen Einsätze** im Ausland betrieben.

Er betrieb mit den seine Politik maßgebend bestimmenden bewährten und ausgewiesenen Antifaschisten von Anfang an eine Politik der Ausrottung des Faschismus und seiner Ideologie sowie der konsequenten Verfolgung der Nazi- und Kriegsverbrecher.

Bedeutendes vermochte er auf dem Gebiet der Sozialpolitik und des Bildungswesens zu leisten: Arbeitslosigkeit und Niedriglöhne gab es nicht. Alle Schulen und Universitäten wurden für bis dahin benachteiligte soziale Schichten des Volkes geöffnet.

Überhaupt enthielten alle Verfassungen der DDR, besonders die durch einen Volksentscheid angenommen von 1968 nicht nur die traditionellen Menschenrechte, die politischen und Bürgerrechte, wie sie auch im GG der BRD ihren Platz haben, sondern, im Gegensatz zum GG der BRD, dem soziale Menschenrechte fremd sind, **alle sozialen und kulturellen Menschenrechte**, wie das Recht auf Arbeit, das Recht auf (unentgeltliche) schulische und berufliche Bildung einschließlich der Hochschulbildung, das Recht auf unentgeltlichen medizinischen Versorgung bei Krankheit und Berufsunfähigkeit und alle anderen sozialen und kulturellen Menschenrechte

Darüber wäre an anderer Stelle Näheres und begründetes darzustellen.<sup>1</sup>

In dieser Schrift beschränke ich mich auf die Beantwortung der im Titel gestellten Frage: **Wie kam es zur Gründung der Deutschen Demokratischen Republik, der DDR, am 7. Oktober 1949.**

Die überwiegende Mehrzahl derer, die heute in diesem Lande leben, hat von diesem Vorgang keine unmittelbare, namentlich keine persönliche Kenntnis. Sie sind auf das angewiesen, was sie von ihren Eltern, in der Schule oder sonstwo erfahren und erfahren.

Wer, wie ich, nun inzwischen seit einiger Zeit im vierten deutschen Staat lebt, weiß, dass und wie diejenigen, die durch ihre Herrschaft über Medien und andere die Meinung der Bürger beeinflussenden Instrumente verfügen, diejenigen, die also das jeweilige Meinungsmonopol besitzen, die **Geschichte** aus ihrer Sicht **umschreiben**.

Auch der bekannte Slogan „Fakten, Fakten, Fakten“, der so auf die Wahrheit ausgerichtet erscheint, ist trügerisch. Denn es kommt immer auf den Zusammenhang, die Gründe und Hintergründe des Zustandekommens dieser Fakten an.

Die Tatsache, dass Menschen durch Polizeigewalt oder Ähnliches an Grenzen ums Leben kommen, so früher an der Grenze zu Holland oder an der innerdeutschen oder wie jüngstens im Mittelmeer vor der Grenze Italiens, besagt noch nicht viel. Es bedarf der Kenntnis der Zusammenhänge, Gründe und Hintergründe des Zustandekommens der jeweiligen „Fakten“, um sie beurteilen zu können.

Als Strafrechtler darf ich zur Illustration solcher Zusammenhänge darauf hinweisen, dass nicht jede vorsätzliche Tötung eines Menschen krimineller Mord oder Totschlag ist. Wer - was nicht selten verkannt wird - aus Notwehr handelt oder aus einem anderen gesetzlichen Rechtfertigungsgrund heraus einen Menschen tötete, begeht keine Straftat und darf daher nicht verfolgt und bestraft werden.

Zur begründeten Beantwortung der in der Überschrift gestellten Frage sehe ich mich nicht zuletzt deshalb im Stande, weil ich nicht nur über die gängigen Dokumente verfüge, sondern vor allem deshalb, weil ich in Berlin, damals vor allem in Westberlin, vieles unmittelbar erlebt habe, was mit dem Thema zusammenhängt. Ich verfüge

---

<sup>1</sup> Im Einzelnen habe ich in meinem Buch „Rechtsgewinne? Welche Rechte gewannen die DDR-Bürger durch den Beitritt? Haben sie Rechte verloren?“ Verlag Wiljo Heinen, 2010 die Rechtslage genau untersucht und gelang zu dem Ergebnis, dass die DDR-Bürger durch den Beitritt keine Rechte gewannen, aber in riesigem Umfang Rechte verloren, die finanziell gesehen, riesige Einbußen für den Einzelnen und noch weit größere für alle DDR-Bürger mit sich brachten und immer weiter bringen.

nicht nur über die jeweils maßgeblichen Dokumente, sondern über meine eigene Erfahrung und meine eigenen Erlebnisse.

Das Thema hat – wie unschwer erkennbar – etwas mit der **Spaltung Deutschlands** zu tun.

Wie und wann nahm sie definitive Formen an?

Wer hatte welches Interesse an einer Spaltung Deutschlands?

## **Schritte zur staatlichen Spaltung Deutschlands und zur Gründung der DDR**

Die maßgebliche erste Station des Weges, der dann auch zur Gründung unserer DDR führte, habe ich unmittelbar, buchstäblich mit meinen Händen erlebt:

Ich meine die **separate Währungsreform** vom Sonntag, dem 20. Juni 1948. An diesem Tage war ich als Dienstanwärter im Bezirksamt Tiergarten in Westberlin zum Geldumtausch eingesetzt worden. Bevor ich die ersten - dem Dollar ähnlich sehenden - neuen Banknoten ausgab, las ich auf den Banderolen ein Datum: **17. Nov. 1947!!!**

Ein paar Worte zu mir: Ich war 1927 im Krankenhaus Moabit zur Welt gekommen und hatte dann meine Kindheit und Jugendzeit in Moabit, im Stadtbezirk Berlin Tiergarten verlebt zwischen den S-Bahnhöfen Putlitzstrasse und Bellevue, zwischen der Kaserne in der Rathenowerstraße und der Beusselstraße. Wir kannten den Großen Tiergarten, den Grunewald mit dem Freibad Wannsee, und natürlich auch den Dom mit dem im 2. Weltkrieg total zerstörten kaiserlichen Stadtschloss und den Alexanderplatz.

Um meine in den letzten Kriegstagen in Halbe erlittene Verwundung (Granatsplitter) überhaupt medizinisch behandeln zu lassen, erhielt ich, da ich mich angesichts der „irren“ Lage im Kessel von Halbe in sowjetische Kriegsgefangenschaft begeben hatte und schließlich in dem heillos überfüllten „Lazarett“ Teupitz gelandet war, unter dem Datum vom 12. Mai 1945 vom örtlichen russischen Feldkommandanten den Befehl, mich nach meinem Heimatort Berlin zu begeben. Dorthin bewegte ich mich befehlsgemäß ohne Bewachung. So war ich bereits Mitte Mai wieder zu Hause.

Anfang August las ich, wie andere Berliner auch, erstmals den Text des von den Alliierten (USA, Großbritannien und UdSSR) verabschiedeten „Potsdamer Abkommens“ vom 3.8.1945, dem Frankreich, bei den Verhandlungen nicht dabei, als vierter Alliiertes in allen Punkten zustimmte.



Dank meines Vaters und aufgrund vieler eigener Eindrücke und Erfahrungen war ich zunehmend zu einem überzeugten Gegner des Naziregimes geworden und sah mich deshalb nicht als von den Alliierten besiegt, sondern als von der Verbrecherbande Hitlers befreit.

Ich las das Abkommen mit diesen Augen.

„Es ist nicht die Absicht der Alliierte, das deutsche Volk zu vernichten oder zu ver-  
sklaven.“

**Also doch kein Morgenthauplan**, der einen sich über Jahrzehnte hinziehenden Ge-  
nozid am deutschen Volk durch Entmannung aller Männer vorsah - wie es uns 1944  
die Nazis, um den Kampfeswillen der Deutschen zu stärken, zur Kenntnis gebracht  
hatten.

Ich las weiter: „Die Alliierten wollen dem deutschen Volk die Möglichkeit geben,  
sich darauf vorzubereiten, sein Leben auf einer demokratischen und friedliebenden  
Grundlage von neuem wieder aufzubauen.“

Weiter war vorgesehen: Die völlige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands,  
die Vernichtung der Nazipartei, der NSDAP, mit allen ihren Gliederungen. Die end-  
gültige Umgestaltung des deutschen politischen Lebens auf demokratischer Grundla-  
ge, die Aufhebung aller nazistischen Gesetze Die Verhaftung der Kriegsverbrecher  
und aller Mitschuldigen, um sie dem Gericht zu übergeben. Die demokratische Um-  
gestaltung des Erziehungswesens, des Gerichtswesen und der Verwaltung und dem  
gemäß die Entfernung aller Nazis aus diesen Institutionen

Weiter las ich: „**Während der Besatzungszeit ist Deutschland als eine wirtschaft-  
liche Einheit zu betrachten**“. Und: „Die höchste Regierungsgewalt in Deutschland  
wird durch die Oberbefehlshaber der Streitkräfte der vier Alliierten ausgeübt“ und  
hierfür ein alliierter Kontrollrat gebildet

Ich war sehr beruhigt, zumal ich, wie mein Vater, vor allem den Worten Roosevelts  
traute und hoffte, dass auch Churchill in seinem Sinne handeln würde (Stalin war für  
mich kein Begriff!). Indessen unterzeichneten statt Roosevelt Truman und statt  
Churchill Attlee dieses völkerrechtliche Abkommen, das durch die Konferenzen von  
Teheran und Jalta konzeptionell vorbereitet worden war, die Ergebnisse dieser Konfe-  
renzen spezifiziert und konkretisiert.

Als ich am 20.Juni 1948 in meinem Stadtbezirk diese separate Währungsreform prak-  
tisch durchzuführen hatte, kamen mir diese Worte des von mir später immer wieder  
gelesenen Potsdamer Abkommens in den Sinn:

**Während der Besatzungszeit ist Deutschland als eine wirtschaftliche Einheit zu betrachten!**

Die neuen Banknoten waren nach dem Datum auf den Banderolen somit bereits **ein halbes Jahr vor der Ausführung der separaten Währungsreform in den USA gedruckt** worden. Dem waren - vorstellbar - **über Monate die politischen Planungen zu dieser bis zum letzten Augenblick geheim gehaltenen Aktion vorangegangen** - und das in einer Zeit, in der die vier Besatzungsmächte über die dringend notwendige **gesamtdutsche** Währungsreform verhandelten!

Diese von den USA insgeheim vorbereitete separate Währungsreform war **ein offener und offensichtlicher Bruch des Potsdamer Abkommens, des maßgeblichen völkerrechtlichen Dokuments für die Nachkriegs-Zukunft Deutschlands durch die USA** und die anderen westlichen Besatzungsmächte.

Es war ein besonders krasser Schritt zur Einbeziehung der Westzonen in die Welt-herrschaftsvorhaben der USA, so dann später unmittelbar in die NATO. Da diese separate Währungsreform der USA in jenen Monaten vorbereitet und dann ausgeführt wurde, als die Außenminister der Alliierten das wahrlich komplizierte Problem einer objektiv dringenden Währungsreform gemeinsam berieten, beraten hatten, beweist das Verhalten der USA zu ihrem östlichen Alliierten und Vertragspartner eine beispiellose Heimtücke und Bösartigkeit.

Die eigenwillige Aktion der USA war ein hinterhältiges, vertragsbrüchiges, **feindseliges** Unternehmen, ein Bestandteil des von den USA mit dem durch nichts zu rechtfertigenden Abwurf der ersten Atombomben auf die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki eingeleiteten „**Kalten Krieges**“.

Es war de facto die Aufkündigung des Potsdamer Abkommens und aller damit verbundene Vereinbarungen seitens der USA.

Nur: Eigentlich und letztlich wollten, ja mussten sie formell an diesem Ankommen festhalten. Denn nur unter dieser Voraussetzung gab es für sie einen Rechtsgrund für ihre Anwesenheit in Westdeutschland und in Berlin. Dort krallten sie sich mit Klauen und Zähnen fest.

Was bedeutete diese Währungsreform für Westdeutschland?

Die westdeutschen Länder wurden durch diese ihnen auferlegte neue, der US-Währung nahe Währung **in das westliche Währungssystem einbezogen**, besonders in das der USA.

So konnten die USA nicht nur auf die Währung, sondern vor allem auf die Wirtschaft in Westdeutschland Einfluss nehmen. Besonders deutlich trat dies in der „**Marshall-**

**plan-Hilfe**“ in Erscheinung, mit der westdeutsche Unternehmen, vornehmlich die großen, nicht nur mit Kapital versorgt wurden, sodass der in den westdeutschen Ländern weitgehend unberührt fortbestehende Kapitalismus sich alsbald enorm entfalten konnte.

Wir erlebten eine Restauration des westdeutschen Kapitalismus sondergleichen, zumal die Umtauschquoten und Relationen des Geldumtausches **für die Wirtschaft günstig waren und nicht für die „kleinen Leute**“.

Die Bürger der westdeutschen Länder, die die Zusammenhänge nicht durchschauten, erfreuten sich des größeren Warenangebots, das sich statistisch in außergewöhnlich hohen Zuwächsen der jährlichen individuellen Konsumtion in den 50er Jahren von über 7 % (!) reflektierte, was ihnen als „Wirtschaftswunder“ suggeriert wurde, zumal die westlichen Schaufenster gegenüber dem spärlichen und noch lange Zeit durch Rationierung beschränkten Warenangebots in Ostdeutschland besonders auffielen.

Damals ahnte kaum jemand, dass diese eigentlich irrealen Prozente als bald nach unten, auf unter 0%, korrigiert werden mussten.

Aber was bedeutete diese urplötzlich durchgeführte, separate Währungsreform für die Wirtschaft **Ostdeutschlands**, der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ)?

Unabhängig von der ökonomischen Situation dieser Wirtschaft bewirkte eine solche von heute auf morgen plötzlich eingeführte neue Währung, dass das „alte Geld“, die Reichsmark (RM), ihre Geltung – jedenfalls im Währungsgebiet der neuen Währung – verlor, es aber im Gebiet der SBZ - zunächst - weiter fort galt und im Umlauf blieb.

Unmengen alten, eigentlich wertlosen Geldes wurden aus dem Westen in den Osten, die SBZ, verbracht, geschmuggelt, was eine gefährliche **Inflation** in Ostdeutschland hätte bewirken können – wenn nicht die Besatzungsmacht in der SBZ in aller Eile als eine **Notmaßnahme** in einer besonderen provisorischen „Währungsreform“ hätte ein „Notgeld“ in Umlauf bringen lassen. Dieses Notgeld war die „Tapetenmark“, nämlich alte Geldscheine mit aufgeklebtem kleinen Papier wie Briefmarken. Sie wurden den Bürgern der SBZ in einem sozialen Umtauschsystem ausgehändigt.

Was bedeutete diese separate Währungsreform für uns Deutsche?

Für uns Deutsche war diese separate Währungsreform **die Spaltung unseres Landes**. Denn die Spaltung einer Währung ist die Spaltung der Wirtschaft. Die Spaltung der Wirtschaft aber war - und ist überall - die Spaltung der Gesellschaft des jeweiligen Landes.

Immer und überall folgt die Politik der Ökonomie.

Aber wir alle - in Ost und West - wollten keine Spaltung Deutschlands, wir wollten die **Einheit Deutschlands**. **Wir wollten sie erhalten** - und später, als die Spaltung feste Formen angenommen hatte, **wiederhergestellt haben**. Das Streben nach Erhaltung eines einheitlichen, aber anderen, nämlich friedliebenden antifaschistischen demokratischen Deutschlands war in Ost und West sehr stark ausgeprägt.

Deshalb fand die bereits 1946 eröffnete Diskussion um eine entsprechende **Verfassung für ganz Deutschland** überall großen Widerhall. Vorstellungen zu Inhalten und Bestimmungen einer solchen Verfassung für ganz Deutschland finden sich demgemäß in den 1946/47 verabschiedeten **Länderverfassungen** in Ost und West

Das wussten auch die USA. Aber - wie auch sonst in der Nachkriegsgeschichte - kümmerten sie sich **niemals** um die Wünsche und Hoffnungen der Völker, der Menschen.

An dieser Stelle ist es geboten, daran zu erinnern, dass die Sowjetunion – im Gegensatz zur USA und den anderen westlichen Besatzungsmächten – **zu keiner Zeit an einer Spaltung oder Teilung Deutschlands interessiert** war oder nur an eine solche gedacht hatte .

Sie erkannte, dass die von den USA im Sommer 1948 eigenmächtig vollzogene separate Währungsreform auch eine weitere **Spaltung Europas** beförderte.

### **Stalin wollte ein anderes Europa!**

So lautet der Titel des von Wladimir K. Wolkow im Verlag edition ost im Jahre 2003 verfassten Buches, das Moskaus Außenpolitik in den Jahren 1940 bis 1968 – gestützt auf entscheidende Dokumente – untersucht.

Die Sowjetunion wollte für sich und seine Bürger endlich einen gesicherten Frieden haben.

Dem entsprach der Wunsch nach einem friedliebenden entmilitarisierten demokratischen geeinten Deutschland, mit einer **Neutralität**, wie sie Österreich erlangen konnte.

Darum ging es Stalin.

Deshalb hatte die Sowjetische Besatzungsmacht in ihrer Besatzungszone keinen Aufbau des Sozialismus gefordert oder gefördert.

In der DDR ging es - zum Zwecke der Überwindung alles Faschistischen - um die Entwicklung einer **antifaschistisch-demokratischen Ordnung**.

Ich erinnere mich eines Gesprächs im Sommer 1949 in der Humboldt-Universität mit einer Vertreterin der Sowjetischen Besatzungsmacht, (SMAD), die für Universitäten zuständig war, in dem sie sehr nachdrücklich forderte, nichts zu forcieren, im Rahmen der antifaschistisch-demokratischen Ordnung zu bleiben und - im Unterschied zu den Volksdemokratien in Osteuropa - keinen Kurs auf die Schaffung einer sozialistischen Gesellschaft zu nehmen. Das erfuhr ich damals auch in vielen anderen Zusammenhängen.

Bekanntlich hat **erst** die II. Parteikonferenz der SED am 9. Juli **1952** - aus hier nicht näher zu erörternden Gründen - beschlossen, in der DDR die Grundlagen des Sozialismus, noch nicht den Sozialismus zu schaffen.

## **Die Vorbereitung der Spaltung Berlins**

Bevor wir den hier abzubrechenden Faden bis zur Bildung des westdeutschen Separatstaats und dann zur Gründung der DDR wieder aufnehmen, ist es unerlässlich, auf die **Spaltung Berlins** einzugehen.

Denn Berlin war die Hauptstadt des von den vier Alliierten besiegten faschistischen deutschen Staates und sollte - nach ihren im Potsdamer Abkommen fixierten Vorstellungen - auch die **Hauptstadt eines künftigen friedliebenden demokratischen Deutschland** werden, mit dem ein Friedensvertrag abzuschließen sein würde, und das dann auch Mitglied der Vereinten Nationen (UN) sollte werden können.

Bekanntlich wurden die beiden deutschen Staaten am 18. September 1973 gleichzeitig per Akklamation und unter allgemeinem Beifall in diese Organisation aufgenommen, aber einen **Friedensvertrag mit Deutschland** gibt es bis heute ebenso wenig wie eine im Art. 146 GG nach wie vor vorgesehene ordentliche, durch **Volksentscheid angenommene Verfassung** dieser BRD.

In dem vorstehend gekennzeichneten Sinne der Rolle der deutschen Hauptstadt Berlin hatten die vier Alliierten Berlin als Sitz des Alliierten Kontrollrats und anderer Gremien der Besatzungsmächte ausersehen

Wir untersuchen daher jetzt zunächst **Schritte zur Spaltung Berlins**

## **Schritte zur Spaltung Berlins**

Eine erste Frage lautet:

Wie waren denn eigentlich die Truppen der westlichen Besatzungsmächte nach Berlin gekommen?

Die Befreiung der Reichshauptstadt von den Nazis und ihrem Militär wurde **ausschließlich durch die Rote Armee** erreicht.

Als ich Mitte Mai 1945 wieder nach Hause gekommen war, begegneten uns auf den Straßen und Plätzen über Monate nur Rotarmistinnen und Rotarmisten!.

Eines Tages im August, als ich im Tiergarten Kräuter wie Melde als Ersatz für Spinat sammelte, hörte ich mir fremde Laute und Töne. Bei näherem Hinsehen wurde mir klar, dass die US-Army auf der Ost-West-Achse (die später in „Straße des 17. Juni“(!) umbenannt wurde) paradierte und so - ohne Publikum - ihre Anwesenheit in Berlin, in Westberlin, vorführte.

Was war geschehen? Am 3. Juli 1945 hatten Amerikaner und Britten – gemäß der Vereinbarung zwischen den vier Alliierten - ihre Sektoren Berlins in Besitz genommen. Die Franzosen, die so schnell noch nicht auf ihre Aufgaben als vierte Besatzungsmacht eingerichtet waren, kamen erst am 12. August nach Berlin. Zu den Offizieren dieser Besatzungsmacht gehörten auch solche, die in der Resistance gegen die Nazis gekämpft hatten, darunter nicht wenige Kommunisten (sie wurden später ausgetauscht)

Jedenfalls benahm sich der US-amerikanische Kommandant nach Gutsbesitzermanier und machte, unbeschadet dessen, dass ganz Berlin von **einer** Alliierten Kommandatur zu verwalten war, vieles von dem, was die Rote Armee zunächst für ganz Berlin wiederhergestellt oder zum Zwecke der Überwindung des Nazismus eingeführt hatte, rückgängig. Das betraf auch die Berliner Justiz, worauf später einzugehen sein wird.

Jedenfalls regierten von nun an in den westlichen Sektoren Befehlshaber im Einklang mit den westlichen Zonenbefehlshabern auf Weisungen ihrer Regierungen!

Für uns Berliner wurde immer deutlicher, dass die Politik und Entwicklung in den vier Besatzungszonen - entsprechend in den vier Sektoren Berlins - **zunehmend unterschiedlich** verlief. Das betraf vor allem die konsequente Entnazifizierung und die strafrechtliche Verfolgung von Nazi- und Kriegsverbrechern,

In den Ländern der sowjetischen Besatzungszone wurden – im Lande Sachsen durch Volksentscheid, in den anderen durch Gesetze der Landesparlamente – die Nazi- und Kriegsverbrecher (die ja vor allem die Kriegsgewinnler waren) enteignet, wodurch ihnen die ökonomische Grundlage ihres verbrecherischen Wirkens entzogen wurde. Das war ein Akt, um die Wurzeln des deutschen Faschismus auszurotten.

In diesen Ländern, teilweise auch in Berlin, wurden weiterhin im Sinne der konsequenten Entnazifizierung gemäß dem Potsdamer Abkommen neue antifaschistische Kräfte für die Schulen, für die Verwaltung und die Justiz gefunden und ausgebildet. (Ich nenne nur die Neulehrer- und Volksrichterausbildung). Wie notwendig eine sol-

che Auswechselung des Personals von Schulen, Verwaltung und Justiz war, erlebte ich - wiederum -. ganz persönlich. Da mein Reifevermerk vom März 1945 für das von mir erstrebte juristische Studium – im nachhinein ! – nicht anerkannt wurde, hatte ich mein Abitur nachzuholen. Als Lehrer standen uns vielfach dieselben zur Verfügung, die wir in der Nazizeit hatten. Einer von ihnen, der sich uns über Jahre als ein ganz scharfer Nazi ausgewiesen hatte, kam eines Tages auf mich zu mit den Worten: „Sie wissen doch, dass ich schon immer dagegen gewesen war!“ – er, ausgerechnet er, meinte, gegen die Nazis gewesen zu sein! Das war gelogen,

Aber es offenbarte eine Erfahrung, die wir damals nur zu oft hatten machen müssen: **Viele Nazis wollten plötzlich keine gewesen sein!** Auch aus dieser ganz persönlichen Erfahrung erkannte ich, wie gut, richtig, ja notwendig es war, das Nazipersonal auszuwechseln und durch neue nazistisch nicht belastete Personen, möglichst Antifaschisten, zu ersetzen.

Denn Mathematik und Physik, auch Rechtskunde konnte man - über die Zeit und mit Geduld - erlernen. Aber **Überzeugungen**, besonders politische, nazistische, deren Elemente, wie Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus, Antisozialismus, erst recht Antikommunismus, und Militarismus, vielen Deutschen über Jahrzehnte eingepflegt worden waren, lassen sich nicht abstreifen wie ein altes Kleidungsstück.

Auch in der Folgezeit fand ich mich immer wieder – besonders im Justizwesen der DDR – darin bestätigt, dass es in Ostdeutschland, dann in der DDR, gut und richtig gewesen war, das Personal, vor allem Richter und Staatsanwälte, auszutauschen: So wurden in Ostdeutschland etwa 90% der Richter und Staatsanwälte aus der überkommenen Justiz **entfernt**, während in Westdeutschland etwa 90% **übernommen** wurden! Das führte dort u. a. dazu, dass in einigen westdeutschen Gerichten mehr ehemalige Mitglieder der NSDAP ihren Dienst versahen (also hitlertreu fortsetzen), als solche vor 1945 an diesen Gerichten tätig gewesen waren!

Es ist unbestritten, dass im Gegensatz zu den konsequenten Entnazifizierungsmaßnahmen in Ostdeutschland die Entnazifizierung in den westlichen Besatzungszonen vielfach halbherzig oder schleppend betrieben wurde. Die entsprechenden Bestimmungen des Potsdamer Abkommens waren sehr bald in Vergessenheit geraten.

Demgegenüber lehnte sich im sowjetischen Sektor Berlins (in Ostberlin) die gebotene gesellschaftliche Entwicklung, vor allem hinsichtlich Entnazifizierung und Überwindung der Wurzeln des deutschen Faschismus, an die Umwälzungen in der sowjetischen Besatzungszone, in den ostdeutschen Ländern, an. Deshalb war es damals alsbald allgemein bekannt, dass Nazis oder sonst belastete Personen, besonders, wenn sie damit rechnen mussten, dass ihnen Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit vorgeworfen werden, gut daran taten, in den „Westen“ zu gehen und

womöglich über die „Rattenlinie“ mit Hilfe des Vatikans sich ins Ausland, so nach Südamerika, besonders Argentinien, abzusetzen.

Sehr anschaulich erlebte, vernahm, sah und hörte ich als damaliger Westberliner die unterschiedliche geistige Entwicklung bereits im Verlaufe des Jahres 1946: In Medien, auf der Straße und anderswo vernahm ich denselben Jargon, dasselbe Vokabular, das ich bis zum Mai 1945 anhören musste, vor allem Antisowjetismus und Antikommunismus. Nur das Hakenkreuz, das „Braunhemd“, den „Hitlergruß“, die Worte „Parteigenosse“ und „Volksgenosse“ unterließ man. Ich spürte in meinem ganzen Körper: Es hatte sich seit der militärischen Niederschlagung des Hitlerfaschismus in den Köpfen dieser Deutschen nichts oder fast nichts geändert. Von Entnazifizierung und Überwindung des Faschismus vermochte ich in Westberlin kaum etwas zu erkennen.

Als ich einige Jahre später von der „Ehrenerklärung“ Adenauers als Bundeskanzler für die „Deutsche Wehrmacht“ **und auch für die Waffen-SS** am 3. 12. 1952 vor dem ersten Bundestag hörte, die von den Abgeordneten der maßgeblichen Parteien mit Beifall bekräftigt wurde und da diese Abgeordneten für ihre Wähler auftraten, war für mich klar und unwiderlegbar: In der Mehrheit der Deutschen, in stärkerem Maße vieler Westdeutscher **bestand das überkommene Denken der Vergangenheit, so der Nazizeit, fort.**

Im Gegensatz zu diesem Erscheinungsbild im Westen unseres Landes, auch zu dem in Westberlin, war über die konsequente Verfolgung der Nazi- und Kriegsverbrecher hinaus durch Aufklärung in den Medien, in Versammlungen und Foren und in vielen persönlichen Gesprächen, unter besonderer Mitwirkung von Antifaschisten, Opfern des Naziregimes, sehr viel dafür geleistet worden, die Deutschen über den verbrecherischen Charakter des Faschismus und seine sozialen Wurzeln aufzuklären.

Das war erkennbar, spürbar.

## **Noch keine Spaltung Deutschlands, aber der deutschen Arbeiterbewegung**

Nun war diese unterschiedliche, zunehmend gegensätzliche Politik und gesellschaftliche Entwicklung schon ernst zu nehmen, aber es war **noch nicht die Spaltung Deutschlands.**

Indessen war mit dieser zunehmend gegensätzlichen gesellschaftlichen Entwicklung in Deutschland ein Vorgang verbunden, der besondere Auswirkungen auf die Zukunft Deutschlands haben sollte. Es geht, es ging um die **Vereinigung von KPD und SPD**



**zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED), einer deutschen Arbeiterpartei, die in ganz Deutschland wirken wollte und sollte.**

Bereits wenige Wochen nach der Befreiung vom Hitlerfaschismus trafen sich Vertreter dieser beiden deutschen Arbeiterparteien, um als Schlussfolgerung aus der Geschichte über eine Zusammenarbeit und über einen Zusammenschluss dieser beiden deutschen Arbeiterparteien nachzudenken und zu beraten. Die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung in der Weimarer Zeit hatte den Nazis bei ihrer „Machtergreifung“ Vorschub geleistet. Verfolgt, in die Konzentrationslager verbracht und ermordet wurden dann Kommunisten wie Sozialdemokraten. Die unübersehbare historische Lehre aus dieser geschichtlichen Erfahrung lag auch für einen noch sehr jungen Kriegsteilnehmer so klar und eindeutig, sonnenklar wie nur irgendetwas auf der Hand.<sup>2</sup>

Die Vereinigung von KPD und SPD zur SED, der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, - wie das dann Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl im Admiralspalast am 22.4.1946 mit ihrem Händedruck weltöffentlich gemacht hatten, war das später auch im Abzeichen dieser Partei manifestierte Resultat.

Wie es dazu kam, muss hier nicht im Einzelnen nachgezeichnet werden.<sup>3</sup>

Bekanntlich hat die sowjetische Besatzungsmacht, in der Kommunisten eine maßgebliche Rolle spielten, die die jüngere deutsche Geschichte genauso beurteilten, wie die deutschen Kommunisten und die Mehrzahl der Sozialdemokraten, diese Lehre und Erkenntnis deutscher Kommunisten und Sozialdemokraten begrüßt und - wo möglich - unterstützt.

---

<sup>2</sup> Mein Vater, der niemals einer politischen Partei angehört hatte, aber ein sehr selbständig denkender Mensch war, hatte mich, als diese Frage der Vereinigung von KPD und SPD aufgekomen war, in meiner eigenen Erkenntnis bestärkt. Er stammte aus einem kirchlichen Elternhaus, wurde aber durch eigene Überlegungen sehr bald Atheist. Seine bedrückenden Erlebnisse im ersten Weltkrieg, von denen er mir viel erzählt hatte, machten ihn zu einem entschiedenen Kriegsgegner. In diesem Sinne nahm er mich als vier- oder fünfjährigen Jungen vor 1933 in einen Antikriegsfilm mit. Was ich da sah und hörte, hat mich tief beeindruckt. Verstärkt durch eigene schlimme Erlebnisse im Hitlerkrieg wurde auch ich ein ebenso entschiedener Kriegsgegner und dann Nazigeegner.

Als wir am 27. Februar 1933 abends vom Stadtteil Moabit aus die schwarze Rauchwolke über dem Reichstagsgebäude sahen, sagte er im selben Augenblick sofort: "**Das waren die Nazis**". Später wurde diese seine Erkenntnis im Gegenprozess zum Leipziger Reichstagsbrandprozess in Paris schlüssig durch überzeugende Beweise bestätigt.

<sup>3</sup> Zu diesem Gegenstand verweise ich auf eine Schrift des Historikers Norbert Podewin „Vereinigung oder Vereinnahmung“ Edition Luisenstadt.

Demgegenüber mischten sich die westlichen Besatzungsmächte, die Zonenkommandeure wie die Sektorenkommandanten, in eine eindeutig innerdeutsche, **innerparteiliche Angelegenheit** der Deutschen, namentlich der deutschen Arbeiterbewegung, ein:

Sie sahen die jüngere deutsche Geschichte anders. Denn die Regierungen Englands und Frankreichs hatten ja Hitler den Rücken gestärkt, so besonders auffällig in München, wo sie Hitler freie Bahn zur Zerschlagung der Tschechoslowakei eröffneten. Auch hatten sie im September 1939 das von Hitlertruppen überfallene Polen im Stich gelassen, als es ihnen ein Leichtes gewesen wäre, Hitler zum Einhalten zu zwingen und die zahllosen Opfer des Hitlerkrieges, auch die ihrer eigenen Völker, zu vermeiden. Churchill meinte ja auch: Lasst uns zusehen und beobachten, wie sich Stalin und Hitler gegenseitig schwächen, um dann nach unserem Gutdünken tätig zu werden.

Offensichtlich wirkten politische und nicht zuletzt ökonomische Gemeinsamkeiten Hitlerdeutschlands und der Westmächte. Dieses Phänomen blieb nicht ohne Folgen für das Verhältnis zu den Vereinigungsbestrebungen der deutschen Kommunisten und Sozialdemokraten. Die westlichen Besatzungsmächte **verhinderten** in ihren **Zonen** diesen Zusammenschluss. In **Berlin** konnten sie als Sektorenkommandanten ein dahin gehendes Verbot nicht aussprechen. Aber sie agierten offen und auch verdeckt in gleichem Sinne

Nicht zuletzt nahm die SPD-Spitze in Westdeutschland, so Kurt Schumacher, Einfluss auf die Situation und Entwicklung in Berlin. Bevor die gewählten Delegierten von SPD und KPD am 14. April 1946 im Friedrichstadt-Palast den Zusammenschluss von 70.000 KPD- und 29.000 SPD-Mitgliedern beschlossen, hatten sich am 31. März in Westberlin in einer Urabstimmung 18.000 SPD-Mitglieder gegen eine sofortige Vereinigung der beide Parteien ausgesprochen. Unmittelbar danach wurde am 7. April in einer besonderen Zusammenkunft in Zehlendorf(!) in Westberlin eine so genannte „rechtmäßige SPD“ konstituiert. Dadurch wurden 37.000 SPD-Mitglieder der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien entzogen. So wurde unter den drohenden Wolken des Kalten Krieges die Vereinigung von KPD und SPD in Berlin verhindert.

Im Ergebnis dieser erbitterten Auseinandersetzungen hatte sich in **Ostberlin die Mehrzahl** der Sozialdemokraten mit den Kommunisten zur SED vereint. Demgegenüber machte in **Westberlin** nur **eine geringere Zahl** der Sozialdemokraten diese Vereinigung mit.

Die Sozialdemokraten, die in Ostberlin der Vereinigung fernblieben, hatten ihre SPD-Parteibüros, die von den SPD-Parteispitzen „geführt“ wurden, bis zum 13. August 1961 offen gehabt. Danach schlossen sie diese selbst.

Das politische Ergebnis der Verhinderung des Zusammenschlusses von KPD und SPD in Berlin kam überdeutlich bei den ersten **Wahlen zum Parlament von Berlin, zur Stadtverordnetenversammlung zur Geltung**: Bei diesen ersten Wahlen nach dem "Tausendjährigen Reich" hatten viele Berliner keine begründete Sachkenntnis von den Wahlmöglichkeiten gehabt oder erwerben können oder wollen.

Als Arbeiterparteien präsentierten sich den Wählern in Berlin **zwei**: die SED und die SPD. Welcher sollte man seine Stimme geben? Jedenfalls führte diese fortgeführte Spaltung der Arbeiterbewegung im Jahre 1946 praktisch vor allem dazu, dass die Stimmen der eine Arbeiterpartei wählenden Wähler gespalten, "halbiert" wurden. So konnten die anderen Parteien, wie die CDU, davon profitieren.

In der Stadtverordnetenversammlung errang die SPD mit 63 Sitzen die Mehrheit von insgesamt 130 Sitzen aufgrund der von den Berliner Wählern abgegebenen Stimmen. Die neue, vielfach noch wenig bekannte SED, der vor allem in **Westberlin eine massive antikommunistische Hetze** entgegenschlug, errang nur 26 Sitze, die CDU 29 und die LDPD 12 Sitze. Dabei war deutlich, dass die Wähler in den Ostberliner Stadtbezirken gegenüber den Westberliner Stadtbezirken viel mehr Stimmen der SED gaben und in Westberlin solche traditionell als „Arbeiterbezirke“ bekannten, wie Wedding, Reinickendorf, Kreuzberg und Neukölln, insoweit an der Spitze der Stimmen für die SED lagen.

Dieses am Wahlergebnis ablesbares Bild war ein nicht nur unerfreuliches, sondern gefährliches. Es war die Folge des Fortbestehens der Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung, der Verhinderung des historisch gebotenen Zusammenschlusses dieser beiden Arbeiterparteien in Berlin.

**Indessen war auch das noch nicht die Spaltung Berlins oder gar Deutschlands.** Aber es war ein Vorgang, der der späteren **Spaltung Deutschlands Vorschub leistete** und deshalb nicht übersehen werden darf.

## **Die schrittweise Spaltung Berlins – eine Kette gefährlicher Provokationen.**

Bevor wir den Faden von der separaten Währungsreform bis zur Gründung der DDR wieder aufnehmen, muss auf die Spaltung Berlins eingegangen werden. Sie war mehr als ein Teilschritt auf dem Wege zur politischen Spaltung Deutschlands.

Berlin, die ehemalige Reichshauptstadt, war von der Roten Armee erobert und befreit worden. Damit war der Sieg über Hitlerdeutschland manifest. Die Alliierten hatten geplant, hier die maßgebliche Konferenz der Siegermächte über die Verantwortlichkeit der Hitlerleute, ja Deutschlands, und über dessen Zukunft durchzuführen.

Aber im zerstörten Berlin gab es keine Möglichkeit, eine solche hochrangige Konferenz abzuhalten. Daher musste sie in Potsdam - Cecilienhof stattfinden. Sie ging deshalb unter der Bezeichnung "Potsdamer Konferenz" und „Potsdamer Abkommen“ in die Geschichte ein.

Angesichts der Bedeutung Berlins für die künftige Entwicklung Deutschlands legten die westlichen Alliierten Wert darauf, an der Verwaltung dieser Stadt beteiligt zu sein und auch einen **Rechtsanspruch** auf ihre - auch militärische - Anwesenheit in Berlin zu haben, zu behalten und auszuüben. Berlin wurde nicht nur zum Sitz des Alliierten Kontrollrates - im Gebäude des früheren Kammergerichts in der Elssholzstraße am Kleistpark. Dort nahm - zunächst - auch die Alliierte Kommandantur mit den vier Kommandanten der vier Sektoren Berlins ihren Sitz.

Berlin wurde mit den vier **Sektoren** ein Spiegelbild, ein Miniaturbild der Nachkriegsentwicklung in ganz Deutschland, in dessen vier **Besatzungszonen**. Hier war von Anfang an die diametral gegensätzliche Politik und gesellschaftliche Entwicklung in Ost und West besonders gut zu erkennen, zu erleben.

Im sowjetischen **Sektor** Berlins (in Ostberlin) lehnte sich die objektiv gebotene und durch das Potsdamer Abkommen juristisch vorgegebene gesellschaftliche Entwicklung, vor allem hinsichtlich Entnazifizierung und Überwindung des deutschen Faschismus, auch der Beseitigung seiner ökonomischen Wurzeln und Grundlagen, an die Umwälzungen in der sowjetischen Besatzungszone, in den ostdeutschen Ländern, an. Ich nenne hier nur die Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher, im Lande Sachsen aufgrund eines Volksentscheids, in den andere Ländern durch Gesetze der Länderparlamente.

Demgegenüber war die Nachkriegsentwicklung in den drei westlichen **Sektoren** – wie auch in den drei westlichen **Besatzungszonen** - völlig anders: Entnazifizierung wurde - wie oben schon beschrieben - klein geschrieben oder völlig unterlassen.

Die hier näher zu behandelnde Spaltung Berlins wurde maßgeblich und entscheidend durch die von den USA langfristig und insgeheim vorbereitete **separate Währungsreform** bewirkt: Denn diese wurde seitens der USA nicht auf die drei **Westzonen**, also das westliche Besatzungsgebiet, begrenzt, sondern auch auf Berlin, auf ganz Berlin, praktisch auf seine drei **Westsektoren** ausgedehnt.

Die Stadt Berlin lag und liegt aber, wie auch seine Geschichte vermittelt, auf dem Gebiet, dem Territorium, das gemäß der Vereinbarung zwischen den vier Alliierten die sowjetische Besatzungszone war. Deshalb war – eigentlich – Berlin als Teil dieser Zone zu betrachten und zu behandeln, so wie etwa München oder Köln in den jeweiligen westlichen **Besatzungszonen**.

Die separate Währungsreform nicht auf Westdeutschland zu beschränken, wo die Westmächte seit Beginn ihrer Besatzung eine andere Politik als in Potsdam vereinbart betrieben, sondern sie auch auf die in der sowjetischen Zone gelegene Stadt Berlin zu erstrecken, war nicht nur völkerrechtswidrig, weil das Potsdamer Abkommen in seinem Herzstück verletzend, sondern auch nicht sachgerecht, lebensfremd.

Nun hatten die vier Alliierten wegen der Bedeutung der deutschen Hauptstadt ja vereinbart, dass sie diese Stadt **gemeinsam verwalten. Eine Teilung dieser Stadt in die vier Sektoren war nicht vorgesehen.**

Indessen bewirkte die dem Potsdamer Abkommen widersprechende Durchführung der separaten Währungsreform auch in Berlin eine **Teilung der Stadt.**

Die Kommandanten der drei Westberliner Sektoren hatten bereits zuvor in ihren Sektoren zunehmend eine eigenwillige, dem Potsdamer Abkommen zuwiderlaufende Politik der Einflussnahme auf das Leben der Berliner im Westen der Stadt betrieben. Meine oben mitgeteilte Beobachtung und Erfahrung des Sommers 1946 illustriert dies bereits. In diesem Sinne maßten sie sich nun im Juni 1946 an, die vornehmlich für Westdeutschland vorgesehen separate Währungsreform auch auf Berlin zu erstrecken, faktisch auf Westberlin. Denn im sowjetischen Sektor Berlins, in Ostberlin, hatten sie keine Macht, sie durchzuführen oder durchführen zu lassen.

Die rechtswidrige, das Potsdamer Abkommen missachtende Währungsspaltung Deutschlands durch die USA wirkte sich unmittelbar und am massivsten in **Berlin** aus. Denn die USA und die anderen westlichen Besatzungsmächte in Gestalt der Generale Clay (USA), Koenig (Frankreich) und Robertson (Großbritannien) missachteten **entgegen einer ausdrücklichen Zusage**, dass Berlin, nicht zuletzt als deutsche Hauptstadt, auf dem Territorium des Landes Brandenburg (früher Preußens) lag und von diesem Lande, als seinem Umland, das unzweifelhaft zur sowjetischen Besatzungszone gehörte, lebte.

Ein seit mehr als 750 Jahren bestehende und gewachsene Stadt samt ihrer normalen Umgebung wurde **in ihrer Mitte** durch diese Währungsreform und Währungsspaltung **zerrissen**. Auf der einen Straßenseite galt das "neue Geld", auf der anderen (noch) das alte. Die vielfältigen schädlichen Auswirkungen eines derartigen einmaligen Vorgangs können hier nicht gekennzeichnet werden. Wer hier nicht lebte, kann es sich nicht vorstellen.

Dabei muss man wissen, dass im Gefolge dieser willkürlichen **währungspolitischen Zerreißung einer Stadt - sowie ihrer Abtrennung von ihrem Umland - eine gezielte Abwertung** des "alten Geldes" bewirkt, ja inszeniert wurde:

Diese Angelegenheit wurde dadurch noch komplizierter gemacht, dass am 23. Juni 1948 für die drei Westsektoren Berlins eine besondere „Westmark“, die B-Mark, die „Bärenmark“ (mit einem großen **B** in einem Kreis), eingeführt wurde. Gerade damit war verbunden, dass bestimmte Waren, so zunächst Bohnenkaffee, Kakao und Schokolade, "amerikanische" Zigaretten wie auch Kartoffeln in großen Büchsen, die anfänglich aus den überflüssig gewordenen Beständen der US-Army kamen, nur gegen B-Mark erhältlich waren.

Zu dieser mutwilligen, geradezu kriminellen Spaltung Berlins gehören eine Reihe gefährlicher Provokationen.

### **Die erste Provokation: die „Luftbrücke“**

Die durch die Spaltung der Währung auch in Berlin geschaffene Situation nötigte die Sowjetische Besatzungsmacht, im Interesse der Gewährleistung der Wirtschaft in ihrer Besatzungszone, des **Schutzes vor illegalen Geld- und Warenimporten**, dazu, am 24. Juni 1948 die Land- und Wasserwege nach Westberlin zu sperren.

**Diese Schutz- und Verteidigungsmaßnahme** sollte auch die westlichen Besatzungsmächte zur Korrektur der rechtswidrigen Erstreckung der separaten Währungsreform auf Berlin bewegen. Aber sie dachten nicht an eine solche Korrektur. Sie wollten die Wirkungen ihrer separaten Währungsreform auf den „Osten“ rücksichtslos ausschöpfen.

Mehr noch: Offenbar hatten sich die Westmächte, vor allem die USA, generalstabsmäßig bereits lange auf eine entsprechende eigene Reaktion auf diese auf der Hand liegende Schutzmaßnahme der „Sowjets“ eingestellt. Denn unmittelbar nach der Einleitung dieser Schutzmaßnahme Moskaus „errichteten“ sie ihre „Luftbrücke.“

#### **Die "Luftbrücke" - ein militärischer Exerzierplatz**

Was war diese „Luftbrücke“? Diente sie den Lebensinteressen der Westberliner? Drohte ihnen wirklich eine von den „Sowjets“ verhängte Hungersnot oder ähnliches? **Natürlich nicht!** Denn die Sowjetunion hat ausdrücklich eine ausreichende Versorgung auch der Westberliner zugesagt. Diese wäre auch unverzüglich gewährleistet worden, – wenn der „Westen“ darauf eingegangen wäre.

Aber eine solche friedliche und sachgerechte Lösung wollten die USA und die anderen Westmächte nicht! **Sie wollten „kalten Krieg“ in Berlin – womöglich noch mehr!** Denn diese "Luftbrücke" war vor allem ein **militärisches logistisches Exerzierfeld, ein Manöver größten Ausmaßes der USA-Luftwaffe, und zwar unter Nutzung von Technik, die im zweiten Weltkrieg noch nicht zum Einsatz gekommen war.** Die Luftbrücke bewies die Fähigkeit der US-Luftflotte, auch entlegenste

Orte zuverlässig mit allem Notwendigen (Soldaten, Waffen und anderem Kriegsmaterial und deren Nachschub) zu versorgen.

Bis zum 12. Mai 1949 wurden 1,44 Millionen Tonnen Lebensmittel, Kohle und andere Gegenstände eingeflogen.<sup>4</sup> Hatten die USA bereits den durch Abwurf von Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki eröffneten "Kalten Krieg" in Ostasien zu einem heißen werden lassen, so steuerten sie nun auch mitten in Europa auf den "heißen Krieg" zu.

In Karlshorst, wo sich in Berlin die Zentrale der Sowjetischen Besatzungsmacht befand, hieß es damals: „Genossen, Koppel umschnallen!!!“

Die in die Berliner Öffentlichkeit lancierte Behauptung, die "Sowjets" würden die Westberliner verhungern lassen; und nur dank der "Rosinenbomber" der USA würden die Westberliner überleben, war eine platte, leicht zu entkräftende Lüge. Auf dem antisowjetisch vorbereiteten Boden fand sie vor allem in Westberlin Aufnahme.

Man erinnere sich: Bis zum Juni 1948 war Westberlin - wie auch alle Zeiten davor - mit allem Notwendigen besonders aus dem Berliner Umland versorgt worden. Warum sollte das nach dem Juni 1948 nicht möglich sein? Es hätte nur einer bei gutem Willen unschwer zu erreichenden Vereinbarung zwischen den Alliierten bedurft. **Solches aber wollten die USA nicht!**

Als die "Luftbrücke" ihre militärische Funktion erfüllt hatte - auch im Hinblick auf den alsbald eröffneten „heißen Krieg“ in Korea - und auf die Dauer zu kostspielig zu werden drohte, erfolgte die traditionelle Versorgung Westberlins wie zuvor.

Es lag somit nur an der **Starrköpfigkeit und Böswilligkeit der USA**, die, nachdem sie willkürlich die separate Währungsreform auch in Berlin durchgezogen hatten, zu den fälligen Verhandlungen nicht bereit waren.

Im Übrigen wurde, wie später im Einzelnen bekannt wurde, Westberlin auch in der Zeit der „Luftbrücke“ durch illegale kriminelle Kanäle mit frischer Ware aus dem Umland Berlins versorgt, so zur Weihnachtszeit vor allem mit frischen Gänsen aus

---

<sup>4</sup> Im Übrigen: Die für die Aufrechterhaltung dieser einzigartigen Luftbrücke in Berlin benötigten Flugzeuge wurden aus aller Welt herangezogen, so auch aus dem „fernen Osten“, wo sie Tschiang Kai-schek im Krieg gegen die Roten Garden Mao-tse-tungs unterstützt hatten. Der Abzug dieser Flugzeuge, die dort für Tschian Kai-schek geflogen waren, begünstigte Mao, sodass seine Garden alsbald das ganze chinesische Festland von den Verrätern befreien konnten.

den Landwirtschaften rings um Berlin. In der Justiz, die mit dergleichen Kriminalität befasst war, hieß diese Zeit die "**Gänsezeit**"

Aber nicht nur das: Wer der im Westen massiv verbreiteten Lüge nicht folgte, konnte mit Nachteilen rechnen. So ging es mir: Als Dienstanwärter im Bezirksamt Tiergarten fand ich eines Tages - von Geisterhand gebracht - einen Text auf meinem Schreibtisch. Man erwartete von mir, dass ich dieses Papier unterschrieb. Es war ein offen antisowjetisches Pamphlet. Da der Gegenstand dieses Papiers oder gar seine Abzeichnung zu keinem meiner Aufgabengebiete gehörte, warf ich es dahin, wo es hingehörte: In den Papierkorb. Kurz danach, am 15. September 1948 wurde ich **fristlos gekündigt**. Ich hätte mit meinem Verhalten - nämlich dieses Pamphlet nicht unterzeichnet zu haben - eine "antidemokratische Haltung gezeigt"

So erhielt ich eine weitere Lektion über die Freiheit, besonders die Meinungsfreiheit in dieser "freien Welt."

Ich lebte aber in Berlin und daher geschah noch weiteres: Unmittelbar nach dem Zugang dieser Kündigung, meldete sich meine Gewerkschaft, der ich seit 1946 angehörte, der "Freie deutsche Gewerkschaftsbund" (FDGB), und bot mir Rechtsvertretung an, wenn ich gegen diese unerträgliche juristische Willkür mit rechtlichen Schritten vorgehen wolle. Kurz danach erhielt ich am 23. September des gleichen Jahres vom Bezirksamt Weißensee (in Ostberlin) die Aufforderung, mich zum 24. September zum Dienstantritt (zur Fortsetzung meines Ausbildungsganges) einzufinden. **Ganz Berlin war noch vorhanden!**

Dann aber erhielt ich - endlich - die lang ersehnte Zulassung zum juristischen Studium an der Humboldt-Universität, um die ich mich seit 1946 so intensiv bemüht hatte. Warum es erst jetzt klappte, erfuhr ich sehr viel später. Jedenfalls waren "politische Finger" im Spiel. Nun konnte meine juristische Ausbildung beginnen.

## **Die nächste auf Spaltung Berlins ausgerichtete Provokation - der UGO-Putsch**

Diese Provokation begann mit der rechtswidrigen Schaffung einer gegen die verfassungsmäßig zustande gekommene und von ihren Mitgliedern getragene Gewerkschaft, die des „Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes“, des FDGB, in Westberlin.

Der FDGB war aufgrund eines Aufrufs vom 15.6.1945 zur Neugründung **freier** Gewerkschaften entstanden. Er betonte die **Freiheit** seiner Bildung und seines antifaschistischen Wirkens in Konfrontation zur nazistischen Zwangsgewerkschaft, die sich „Deutsche Arbeitsfront“ (DAF) nannte und die Belegschaften der Betriebe und Einrichtungen in militärischer Weise den Leitungen der Betriebe und Einrichtungen un-



terstellt hatte. Diese hießen nun im nazistischen „Führerstaat“ Gefolgschafts**führer**. Streiks, Arbeitsniederlegungen und -verweigerungen waren verboten – schlimmstenfalls drohte das Konzentrationslager (KZ).

Beim Aufbau eines antifaschistisch demokratischen Deutschlands vertrat der FDGB die Interessen der Arbeiter und Angestellten in dem Gebiet, in dem die Begründer dieser Gewerkschaften kraft der sowjetischen Militärregierung wirken konnten, in der sowjetischen Besatzungszone **und in ganz Berlin**.

Noch vor der separaten Währungsreform während der Durchführung der Groß-Berliner Stadtkonferenz des FDGB (21. bis 23. Mai 1948) wurde in Westberlin - zumindest mit der Duldung der westlichen Stadtkommandanten - die „Unabhängige Gewerkschafts**opposition**“ (UGO)<sup>5</sup> kreiert. Sie stellte sich von vornherein als eine Kontergewerkschaft gegen den FDGB dar. Ihr rechtswidriges, ja kriminelles Treiben wurde sofort daran sichtbar, dass diese UGO am 7. Juni 1948 die Büros des FDGB in Westberlin in Besitz nahm und **ausraubte** – genau so, wie die Nazis 1933 die Büros der demokratischen Gewerkschaften okkupiert und ausgeraubt hatten.

Spätestens auf den zweiten Blick wurde klar, dass diese UGO gegen die verfassungsmäßige Gewerkschaft, gegen den Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB) und antisowjetisch, gegen die gesellschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland zu arbeiten gedachte. Welche Funktion der UGO zukam, war überdeutlich daran abzulesen, dass sie vom US-amerikanischen Stadtkommandanten - ohne Abstimmung mit dem sowjetischen - in seinem Sektor **anstelle** des FDGB als „tariffähig“ anerkannt wurde.

Selbstverständlich behielt der FDGB in Ostberlin seine oben gekennzeichnete Funktion. Er wirkte sehr erfolgreich im Interesse aller Arbeiter und Angestellten, nicht nur seiner Mitglieder.

Erreicht wurde auf diese Weise in Berlin die **Spaltung der Gewerkschaften** – ganz ähnlich wie die westlichen Kommandanten die **Spaltung der Arbeiterbewegung** bewirkt hatten. Nach der Durchführung der separaten Währungsreform auch in Westberlin machte die UGO sich vor allem mit dem nun zu behandelnden Putsch einen Namen, der dann als **UGO-Putsch** bekannt wurde.

Hintergrund war folgendes: Die "Reichsbahn" und damit auch das Reichsbahngelände in der sowjetischen Besatzungszone **und in Berlin** unterlag sowjetischer Kontrolle -

---

<sup>5</sup> Zu der Bezeichnung „unabhängig“ sei darauf verwiesen, was für mich schon damals eine geläufige Erfahrung und politische Erkenntnis war: Wer sich betont als "unabhängig" bezeichnet, vertuscht damit, dass er - in selbst gewählter **anderer Abhängigkeit** - **gegen** etwas oder gegen jemanden ist, also etwas irgendwie Feindseliges verfolgt. .

auch soweit Gleise, Wagen und Züge sich in Westberlin befanden. Im Gefolge der separaten Währungsreform mussten nun die Beschäftigten der Reichsbahn, so besonders die im S-Bahn-Verkehr Tätigen, *vor allem die, die in Westberlin wohnten*, in „Westgeld“ entlohnt werden. Da die Reichsbahn auch Einnahmen in „Westgeld“ hatte, war sie dazu imstande. Die Westberliner Reichsbahnbeschäftigten bekamen demgemäß ihr Arbeitsentgelt anteilig in „Ost“- und „Westmark“.

Ich erinnere daran, dass namentlich die S-Bahn alle Zeit bis zum 13. August 1961 von Ost nach West und zurück durch Gebiete des Landes Brandenburg, Ost- und Westberlin fuhr. Aufgrund vielfältiger Störungen und Provokationen sowie auch von Verschleppungen von DDR-Bürgern, so von Angehörigen der Deutschen Volkspolizei (DVP), die in Unkenntnis der Verhältnisse in Berlin durch Westberlin gefahren waren, sah sich die DDR später veranlasst, Zugverbindungen zu schaffen, die **um Westberlin herum** führten, so über Schönefeld. Diese später geschaffenen Anlagen berührten aber in keiner Weise Interessen von Westberlinern, auch nicht derjenigen, die bei der Reichsbahn beschäftigt waren.

Dem UGO-Putsch lagen andere "Gründe" und Absichten, zugrunde, nämlich vor allem in Berlin **Unruhe** zu schaffen und das normale Leben der Berliner, so besonders ihr Arbeitsleben, zu **stören**. In diesem Sinne waren dem UGO-Putsch bereits andere Störmanöver im Berliner Verkehrswesen vorangegangen: Ich erinnere mich, dass sehr bald nach der auch in Berlin durchgeführten separaten Währungsreform die Schaffner mit ihren auf ihrer Brust getragenen mobilen „Kassen“ mit den Einnahmen des von den Fahrgästen entrichteten Fahrgeldes (in „Ostmark“) an der Sektorengrenze von den Straßenbahnwagen von nicht zuständigen Personen **gewaltsam heruntergeholt** wurden, weil sie - angeblich - „fremdes“ Geld in die Westsektoren einführen würden!! Das war natürlich eine Lüge, ein Vorwand. Denn diese Kassierer hatten – wie eh und je – das für die verkauften Fahrscheine empfangene Geld (in der jeweiligen Währung) mit entsprechenden Belegen auf Heller und Pfennig bei der „Hauptkasse“ der BVG abzurechnen – was (soweit mir bekannt war) von diesen ehrlichen BVG-Mitarbeitern regelmäßig zuverlässig erfolgte,

Noch krasser war es dann, als Straßenbahnfahrerinnen aus Ostberlin an der Sektorengrenze gewaltsam an der Weiterfahrt mit der „Begründung“ gehindert und vom Fahrerplatz herunter geholt wurden, **„Frauen seien unfähig, im Straßenverkehr Straßenbahnen verkehrssicher zu führen!“**

Die massivste Provokation und Verkehrsstörung war dann der UGO - Putsch.

Mehr noch: Die Putschisten missbrauchten eine in **Lohnkämpfen** mit den Unternehmern (den sog. „Arbeitsgebern“) bewährte Kampfform, den **Streik, für ihre durchsichtigen politischen Zwecke**. Die UGO hetzte einige Mitarbeiter der Reichsbahn,

besonders der S-Bahn, auf, ungerechtfertigt höhere Löhne zu fordern. Dann rief diese UGO am 20.Mai 1949 zum S-Bahnstreik auf. Es war aber kein „normaler“ Streik, sondern eine bösertige von „8-Groschen-Jungs“ betriebene Störaktion!

Das erlebte ich ganz praktisch auf meiner Heimfahrt per S-Bahn von der Humboldt-Universität ins Studentenheim in Hohenneuendorf im Norden Berlins - wie gewöhnlich durch Westberlin. Auf dem Bahnhof Frohnau hielt der Zug, jedoch nicht - wie normal - planmäßig, sondern um endgültig nicht weiter zu fahren. Die Fahrgäste hatten auszusteigen und den Bahnsteig zu verlassen. Auf dem Bahnsteig befanden sich aber ganz überwiegend **keine Fahrgäste**, sondern **provozierende Rowdies**, die von der UGO angeheuert waren und in deren Sinn tätig waren. Nachdem die Fahrgäste den Bahnsteig verlassen hatten und sich nur noch diese Provokateure dort aufhielten, räumten bewaffnete Angehörige der Transportpolizei der Reichsbahn (Trapo) den Bahnsteig. Solches war aufgrund der von der UGO bewirkten Störung des S-Bahnverkehrs zwangsläufig und rechtmäßig – im Interesse der Verkehrssicherheit.

Und nun passierte etwas, was ich nicht für möglich gehalten hätte: Außerhalb des Bahngeländes, also auf Westberliner Gebiet, hatte - verabredet! - die uns in anderen Zusammenhängen zur Genüge als „gegen den Osten“ wirkend bekannt geworden „Stumm-Polizei“<sup>6</sup> Stellung bezogen. Ich sah und hörte, wie sie mit scharfer Munition aus ihren Pistolen auf die Trapo-Angehörigen schossen. Deutsche schossen auf Deutsche! Deutsche Polizei schoss auf andere deutsche Polizei! Ich dachte: Ist das der **Auftakt zum dritten Weltkrieg?**

Übrigens: Der Streik fand nach acht Tagen sein Ende – ergebnislos. Die bis dato geübte Zahlungsweise wurde wie zuvor fortgeführt. Die Reichsbahnangestellten hatten von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen der UGO die Gefolgschaft versagt, Die UGO versank im Dunkeln.

Die gewerkschaftlichen Aufgaben für die Westberliner Arbeiter und Angestellten konnten später vom in Westdeutschland ansässigen Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) wahrgenommen werden..

Von den zahlreichen weiteren Provokation im Zusammenhang mit der Spaltung Berlins muss an dieser Stelle auf die **Sprengung** des in Berlin-Tegel stehenden **Sendeturms des Berliner Rundfunks** hingewiesen werden. Den Befehl dazu gab am 16. 12. 1948. - ohne Rücksprache mit dem sowjetischen Stadtkommandanten genommen zu haben, also willkürlich - der französische Stadtkommandant.

---

<sup>6</sup> Näheres zur Stumm-Polizei siehe weiter unten

Zur Information: Der Berliner Rundfunk selbst saß seit seinem Bestehen in der Masurenallee in Charlottenburg in Westberlin. Sein Sitz galt unter der alliierten Kommandantur als extraterritoriales Gebiet. Später wurde auf dem Gelände der schon lange vorhanden gewesenen Sendemasten bei Königswusterhausen südöstlich von Berlin ein neuer Sendeturm für diesen Sender errichtet.

## **Die dritte Provokation – die Schaffung einer Konteruniversität**

Als dritte Provokation behandle ich die Schaffung einer gegen die Humboldt-Universität (HU) gerichtete Spalter-Uni in Berlin-Dahlem im **US-amerikanischen (!)** Sektor Berlins. Der eigentliche Zweck der Schaffung dieser sog.. "**Freien Universität**" (FU) bestand in folgendem: Bei den Wahlen zu einem Studentenrat im Frühjahr/Frühsommer 1949 wurde den reaktionären und antikommunistischen Kräften unter der Studentenschaft, darunter nicht wenige ehemalige Offiziere der Nazi-Wehrmacht, deutlich, dass es ihnen nicht gelingen werde, die HU zu erobern.

Bei diesen Wahlen ging es ihnen unverhohlen darum, zumindest über einen in ihrem Sinne zusammengesetzten Studentenrat Einfluss auf das Wirken und die Leitung dieser HU zu gewinnen. Deshalb wandten sie sich ganz entschieden und lautstark dagegen, dass die Studenten der Arbeiter-und-Bauernfakultät (ABF) an den Wahlen zum Studentenrat teilnehmen.

Diese ABF war eine Einrichtung, die bisher benachteiligten Schichten des Volkes, eben Arbeitern und Bauern und deren Kindern, den Zugang zur Hochschulbildung eröffnen sollte, wie das später in der Verfassung der DDR festgelegt wurde.

Jene Kräfte, die so entschieden gegen die Teilnahme der Studenten dieser ABF an den Studentenratswahlen aufgetreten waren, behaupteten, die ABF-Studenten seien keine „richtigen“ Studenten sondern müssten an der ABF erst noch das Abitur ablegen, um sich danach an einer der ordentlichen Fakultäten einschreiben zu lassen. Dies war ein zu durchsichtiger Vorwand, denn jene Kräfte, die so entschieden gegen die Teilnahme der ABF-Studenten an den Studentenratswahlen auftraten, konnten davon ausgehen, dass diese ihre Stimme anderen Kandidaten geben würden. **Deshalb** wollten sie deren Teilnahme an diesen Wahlen verhindern.

Aber nicht nur über die ABF war neues Blut in die Studentenschaft der HU gekommen. Auch andere Fakultäten zeichneten sich durch Neues aus, so die völlig neue Pädagogische Fakultät sowie die wirtschaftswissenschaftliche Fakultät und wesentliche Bereiche der Philosophischen Fakultät, nämlich Geschichte (mit Prof. Meusel), wo fortschrittliche Professoren zunehmend eine Rolle spielten, und Philosophie, wo

es inzwischen auch Vorlesungen zur marxistischen Philosophie gab, u. a. von Dr. Wolfgang Harich<sup>7</sup>

Während der Ferien zwischen Winter- und Sommersemester erfolgte die **Sezession** dieser reaktionären und antikommunistischen Kräfte aus unserer „alma mater“ zur Bildung ihrer Spalter- und Gegenuniversität in Dahlem. Sie nannten sie „Freie Universität“ (FU) und versteckten hinter dieser Vokabel ihre offen zur Schau gestellte politische Einstellung und ihre Absichten.

Als das neue Semester begann, erlebten wir an der Juristischen Fakultät ein ungewohntes Bild: Die im Hörsaal sitzende Studentenschaft war zahlenmäßig geschrumpft. Die bisher den Ton angeben wollten, fehlten, sie waren nach Dahlem abgewandert. Unter den verbliebenen Studenten entwickelte sich sehr rasch ein neuer Zusammenhalt, wie es ihn nie zuvor gegeben hatte.

An der juristischen Fakultät lehrten nun auch einige neue Professoren, so im Fach Ökonomie eine Frau Prof. Dr. Zahn, die aus der Emigration zurückgekehrt war, und Prof. Dr. Steiniger, der uns zuvor in einigen Lehrveranstaltungen zum Staats- und Völkerrecht aufgefallen war. Auch traten jetzt vermehrt Gastdozenten auf, so der in der DDR gut bekannte Rechtsanwalt Prof. Dr. Friedrich Karl Kaul.

Im übrigen fiel uns auf und wurde bekannt, dass Professoren der HU an der rechtswidrigen **Sezession** nicht teilgenommen hatten!

Diese Sezession und Bildung einer Spalter- und Konteruniversität in Dahlem erwies sich als nützlich für die Rolle, die Westberlin von den USA und den anderen Westmächten als "Frontstadt" (gegen den Osten, gegen die Sowjetunion) und als "Pfahl im Fleische der DDR" zugebracht war.

Damit war Berlin ein weiteres Mal zu einem Schlachtfeld der Auseinandersetzungen geworden, die später, vor dem 13. August 1961, eine besondere Zuspitzung erfahren sollten.

An diesem Tage war der „Osten“ nach vielen ergebnislosen Verhandlungen über eine friedliche Lösung der „Berlin-Frage“ genötigt, die Grenzen der DDR gegen den „Westen“, also gegen die BRD und auch gegen Westberlin zuverlässig zu schließen,

---

<sup>7</sup> Er wurde 1957 in der DDR - in sachlichem Zusammenhang mit dem Prozess gegen Walter Janka u. a. - verurteilt. Als nach 1990 durch die BRD-Justiz gegen DDR-Richter und Staatsanwälte rechtswidrige Strafverfahren durchgeführt wurden, war in einem Verfahren auch Harich als „Belastungszeuge“ vernommen worden. Er bekundete entgegen der Anschuldigung durch den Staatsanwalt überzeugend, dass seine Verurteilung damals zurecht erfolgt war.

## Die politische Spaltung Berlins<sup>8</sup>

Wir hatten bisher zunächst vor allem die währungspolitische und im Gefolge dessen die wirtschaftliche Spaltung Berlins im Blick gehabt und einige besondere Provokationen behandelt, die in Berlin für Unruhe, Konfrontationen und Zuspitzungen sorgten.

Das alles genügte den USA, dem "Westen", nicht.

Sie wollten **auch die vollständige politische und verwaltungsmäßige Spaltung** dieser Stadt, damit sie in ihren Sektoren auf Kosten der Berliner und zum Zwecke der Schwächung und Schädigung Ostdeutschlands ihre gegen den „Osten“ gerichtete Politik des „Kalten Krieges“ möglichst erfolgreich betreiben könnten. Dem diene - wie auch sonst in ihrer Politik bis in die Gegenwart hinein - das Betreiben von **Störungen** des normalen Lebens der Bürger und von **Behinderungen** der Tätigkeit der ordentlichen Behörden und staatlichen Organe - in Berlin des Magistrats.

Zur Erinnerung: Nach der Befreiung auch der durch den verbrecherischen Hitlerkrieg vollständig zerstörten Reichshauptstadt von den Hitlerfaschisten durch die Rote Armee leistete die sowjetische Besatzungsmacht gemeinsam mit zahlreichen Antifaschisten eine enorme Aufbauarbeit, um das Leben der Stadt schrittweise wieder in Gang zu bringen und den Berlinern ein Leben in ihrer Stadt zu ermöglichen. Zu diesen Aufbaumaßnahmen gehörte nicht zuletzt die Schaffung einer Stadtverwaltung, eines Berliner Magistrats mit einem Oberbürgermeister (OB) an der Spitze bereits am 17. Mai 1945.

Die sowjetische Besatzungsmacht setzte als solchen OB Dr. Arthur Werner, einen parteipolitisch nicht gebundenen, anerkannten Bürger der Stadt ein. Nach den oben erwähnten Wahlen vom 20. Oktober 1946 zur Stadtverordnetenversammlung, bei denen die SPD die Mehrheit der Sitze auf sich vereinen konnte, konstituierte sich am 26. Nov 1946 diese Stadtverordnetenversammlung und wählte am 5. Dezember mehrheitlich den neuen Magistrat mit dem Sozialdemokraten Dr. *Otto Ostrowski* als OB an der Spitze. Er war ein erfahrener Kommunalpolitiker und hatte in seinem Leben bereits mehrfach als Bürgermeister viele wertvolle Erfahrungen gesammelt. Vor der Nazizeit war er zuletzt Bürgermeister des Stadtbezirks Berlin Prenzlauer Berg (auch weitgehend ein Arbeiterbezirk). Er wurde 1933 sofort von den Nazis entlassen.

Weil es ihm um das Wohl der Berliner ging (er galt als „Anwalt der Nöte der Berliner“) und er deshalb um gute Beziehungen zu **allen vier** Besatzungsmächten, **auch**

---

<sup>8</sup> In diesem Kapitel und dem nachfolgenden über die Spaltung der Justiz werden auch einzelne Angaben aus Ernst Reuss: „Vier Sektoren – eine Justiz. Berliner Justiz in der Nachkriegszeit“, BWV Berliner Wissenschaftsverlag GmbH, 2003, genutzt.

zur sowjetischen, bemüht war, *ließ ihn seine Partei, die SPD, nur bis zum 17. April 1947 wirken*. Er wurde von dieser seiner Partei systematisch „demontiert“, so dass er anderen als ein „gebrochener Mann“ erschien. Am 17. April 1947 wurde er durch einen Misstrauensantrag „seiner“ Partei von „seinem“ Stadtrat Ernst Reuter (SPD) **zum Rücktritt gezwungen**. Anlass war, dass Ostrowski durch ein gemeinsames Arbeitsprogramm von KPD und SPD die wahrhaft riesigen Probleme Berlins überwinden wollte. Denn er meinte: Nur in den Händen einer geeinten starken Arbeiterbewegung könne solches zum Wohle der Berliner erfolgreich sein.<sup>9</sup>

Als sein Nachfolger wurde – wie vorhersehbar! – eben dieser Stadtrat Reuter von der von der SPD dominierten Stadtverordnetenversammlung gewählt.

Wegen des Einspruchs des sowjetischen Vertreters in der Alliierten Kommandantur wurde Reuter jedoch in dieser Funktion nicht bestätigt. Deshalb amtierte Frau Luise Schröder als zweiter Stellvertreter des OB. Jedoch ab 6. Mai 1947 konnte Ernst Reuter als Bfingieren.

Immerhin hatte während der Amtszeit Ostrowskis die Stadtverordnetenversammlung, die ihn zum OB gewählt hatte, am 13. Februar 1947 gemäß dem Potsdamer Abkommen ein „Gesetz zur Überführung von Konzernen und sonstigen wirtschaftlichen Unternehmungen in Gemeineigentum von Groß-Berlin“ beschlossen. Bevor dieses der Zustimmung durch die Interalliierte Kommandantur bedürftige Gesetz wirksam werden konnte, hatte der US-amerikanische Vertreter am 25. August 1947 durch sein Veto das In-Krafttreten dieses Gesetzes verhindert – ganz ähnlich wie die Militärregierung den in gleichem Sinne ausgerichteten Art. 41 der durch Volksentscheid vom 1. Dezember 1946 angenommen, am 11. Dezember 1946 beschlossenen hessischen Verfassung suspendiert hatte.

Es bedarf keiner besonderen Überlegungen, um zu erkennen, dass eine solche „Regierung“ Berlins für dessen Bürger nicht viel Gutes einbringen konnte.

Die später noch zu behandelnde Abspaltung Westberlins im Gefolge der Erstreckung der rechtswidrigen separaten Währungsreform auch auf Berlin verhinderte dann **auch faktisch** die Durchführung dieses Gesetzes, das für die wirtschaftliche Entwicklung Berlins von enormer Bedeutung hätte werden können

Jedenfalls waren die Jahre 1947 und 1948 sowie später in besonderer Weise das Jahr 1949 von Zerwürfnissen aller Art zwischen den Alliierten, aber nicht minder auch

---

<sup>9</sup> Dass Schicksal dieses ehrlichen Sozialdemokraten hat der Historiker Norbert Podewin in seinem Buch „Otto Ostrowski – der gelöschte Bürgermeister. Ein Schicksal im Berlin des Kalten Krieges“; Edition Luisenstadt; Berlin 2005. untersucht.

zwischen den Parteien im Stadtparlament beherrscht. Der Grundtenor all dieser Auseinandersetzungen war antisowjetisch, antikommunistisch und damit gegen eine antifaschistisch-demokratische Entwicklung Berlins gerichtet, wie sie in den Ländern der sowjetischen Besatzungszone zunehmend erfolgreich vonstatten ging.

Der markanteste Eingriff in das Leben Berlins und der Berliner war die von den USA mit Unterstützung der anderen westlichen Besatzungsmächte bewirkte Durchsetzung der **separaten Währungsreform auch in Berlin**.

Diese und deren Auswirkungen auf das Leben der Berliner haben wir oben verdeutlicht.

In der Folge dieses rechtswidrigen Eingriffs in das Leben der Berliner wurden - mit Billigung oder auf Anordnung der westlichen Stadtkommandanten - zunehmend einzelne Behörden oder Abteilungen des Berliner Magistrats, die im Roten Rathaus in der Parochialstraße nahe dem Alexanderplatz den Berlinern zur Verfügung gestanden hatten, nach Westberlin verlagert!! Die betroffenen Bürger standen vor verschlossenen Türen!

### **Die Sezession verantwortungsloser Stadtverordneter und die definitive politische Spaltung Berlins**

Mit Billigung oder auf Veranlassung der drei westlichen Besatzungsmächte verabredeten der SPD, CDU und LDPD angehörende Stadtverordnete, sich am 6. September 1948 in der „taberna academica“ nahe der Technischen Universität (TU) in Westberlin zu versammeln, um dort **rechtswidrig** ein illegales separates Westberliner Gremium, eine separate Westberliner Stadtverwaltung zu „kreieren“. Diese Westberliner Verwaltung verweigerten den regulären legalen Behörden Großberlins den Gehorsam und torpedierte damit die normale Verwaltung der ganzen Stadt. Am 7. Dezember 1948 „wählten“ sie Ernst Reuter illegal zum OB Westberlins, Dieses Amt konnte er dank der westlichen Stadtkommandanten bis zum 29. September 1953 ausüben.

Im von den Alliierten besetzten Berlin konnte all solches nur mit **ausdrücklicher Billigung und Unterstützung, wenn nicht sogar auf „Befehl“** der drei westlichen Besatzungsmächte, der USA, Großbritanniens und Frankreichs geschehen! Es war ein weiteres Komplott gegen den Osten, gegen die Sowjetunion als vierter Besatzungsmacht, um die sowjetische Besatzungszone, also Ostdeutschland, politisch und wirtschaftlich zu schwächen und letztlich „sturmreif“ zu machen.

In der Folgezeit wurde für Westberlin ein "Regierender Bürgermeister“, der im Schöneberger Rathaus (im Rathaus Schöneberg) seinen Platz fand, mit einem "Senat" und "Senatoren" "kreiert". Diesem wurden alle in Westberlin gelegenen Bezirksämter und Verwaltungen Berlins unterstellt, ja unterworfen – ohne Rücksicht auf die dort von



den Berlinern gewählten örtlichen Volksvertretungen, die jeweiligen Stadtbezirksverordneten-Versammlungen.

Es wirkte sich aus, was ich im Sommer 1946 überdeutlich in Westberlin als Fortbestehen nazistischen Gedankenguts in den Köpfen vieler Menschen empfand und auch erlebte, dass in Westberlin wie auch in Westdeutschland keine ernst zu nehmenden Anstrengungen unternommen wurden, den Hitlerfaschismus, vor allem auch geistig-ideologisch zu überwinden. So trug das Fortbestehen von Antisowjetismus und Antikommunismus aus der Nazizeit in den Köpfen vieler Westberliner dazu bei, dass viele von ihnen diese Abspaltung Westberlins als Schritt in die „Freiheit“ begrüßten, teilweise bejubelten. Das galt besonders für den am 7. Dezember 1948 in Westberlin als dortigen OB eingesetzten Ernst Reuter

Zweifellos war die separate Währungsreform mit ihrer Erstreckung auf Berlin und im Gefolge dessen mit der Spaltung der ordentlichen Verwaltung Berlins eine gefährliche Operation des von den USA im Bündnis mit ihren westlichen Verbündeten betriebenen „Kalten Krieges“. eine Operation, die in sich den Schritt zum heißen Krieg in sich barg, der ganz leicht hätte passieren können und den die USA offenbar auch einkalkuliert hatten.

Jedenfalls war **Westberlin** auch durch diese Sezession und die damit zusammenhängenden Provokationen dafür reif gemacht, nach der von den USA offensichtlich erwarteten Gründung der DDR im Interesse der USA und ihrer Verbündeten die Rolle zu spielen, die ihr vom Westen schon immer zgedacht war, nämlich "Frontstadt" (gegen den Osten, gegen die Sowjetunion) und "Pfahl im Fleische der DDR" zu sein, also eine militärpolitische, kriegslüsterne, auf Krieg gegen den Osten ausgerichtete Rolle zu spielen.

Was die Spalter Berlins dieser Stadt zgedacht hatten, ist unübersehbar dann auch daran ablesbar, dass in deren „Verfassung von Berlin“ vom 1. September 1950, die nur für Westberlin wirksam werden konnte, im Art. 1 Abs. 2 zu lesen steht: „Berlin ist ein Land der Bundesrepublik Deutschland.“ Sie wollten also über ihre rechtswidrige Sezession ganz Berlin dem Westen, also der kapitalistischen, nazifreundlichen US-hörigen BRD zuschreiben, also dieser einverleiben.

## **Das weitere Schicksal Berlins, nunmehr nur Ostberlins**

All das, was hier nur kurz skizziert wurde, so die Verlagerung von Berliner Behörden in den Westteil der Stadt, führte zu einer Lähmung der Verwaltungstätigkeit des Berliner Magistrats und zu einer wachsenden Unzufriedenheit der Berliner. Sie machten ihrer Unzufriedenheit mit Demonstrationen vor dem Roten Rathaus Luft.

Nun war das Maß voll!

Der „Demokratische Block“ Berlins, in dem sich die politischen Parteien und Massenorganisationen Berlins zusammengeschlossen hatten, verlangte in Wahrnehmung der Interessen der Berliner am 30. November 1948 die Absetzung des bisherigen, von den Spaltern beherrschten Magistrats wegen der Missachtung der demokratischen Rechte der Bürger, wegen Verletzung der Lebensinteressen der Bevölkerung und damit der Verfassung Berlins. Auch forderte er die Einsetzung eines provisorischen Magistrats, der bis zur Durchführung allgemeiner demokratischer Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung in ganz Berlin und der dadurch ermöglichten Wahl eines durch sie legitimierten demokratischen Magistrats für ganz Berlin tätig werden sollte. Diese Forderung des Demokratischen Blocks wurde durch eine riesige Demonstration der Berliner vor dem Roten Rathaus kräftig unterstützt.

Die derzeitige Stadtverordnetenversammlung billigte einstimmig diesen Beschluss des Demokratischen Blocks und wählte - entsprechend dessen Vorschlag - Friedrich Ebert, einen Sohn des gleichnamigen Reichspräsidenten in der Weimarer Republik, zum Oberbürgermeister Berlins.

Nun setzte endlich - für die Berliner erlebbar - wieder Ordnung ein und ihr normales Leben kam wieder in Gang.

Später, nach der Gründung der DDR, konnte Ostberlin (im sowjetischen Sektor Berlins) die ihr nach der Verfassung der DDR zukommende Funktion ihrer **Hauptstadt** zunehmend immer erfolgreicher und sichtbarer erfüllen, so vor allem in Gestalt der an Zahl und Bedeutung größer gewordenen diplomatischen und anderen Vertretungen anderer Staaten in der DDR.

Aber Berlin blieb die Stadt, an der sich die Gegensätze der Besatzungsmächte - in verschiedensten Formen - äußerten.

**Die Berlinfrage**, die sich bereits 1948 besonders zugespitzt hatte, **blieb ungelöst**.

Die krasseste und gefährlichste Situation aber war die Verhinderung einer den Frieden in Europa sichernden Vereinbarung der vier Alliierten über die Berlinfrage im Jahre 1961.

Die Sowjetunion, namentlich Chruschtschow, sah schließlich keine andere Lösung als die, die Grenzen der DDR mit ihrer Hauptstadt (Ost)Berlin zur BRD und zu Westberlin, das niemals ein Bestandteil der BRD war oder werden konnte, zuverlässig zu schließen. Den Befehl dazu hatte – wie später öffentlich bekundet – Chruschtschow persönlich erteilt.

### Die Spaltung der Berliner Justiz<sup>10</sup>

Besondere **offen kriminelle** Formen nahm die Spaltung der Berliner **Justiz** an. Ursprünglich gab es in (ganz) Berlin gemäß der überkommenen Struktur Amtsgerichte, ein Landgericht und ein Kammergericht (die beiden letzteren hatten ihren Sitz in dem gut bekannten Gebäude in der späteren, nahe dem Alexanderplatz gelegenen Littenstraße, zuvor Neue Friedrichstraße, in Ostberlin.

Der erste Präsident dieses Kammergerichts nach 1945 war Prof. Dr. Arthur Kanger (später Ordinarius für Kriminalistik an der Humboldt-Universität). Er war von der Sowjetischen Besatzungsmacht eingesetzt worden. Vizepräsident wurde Strucksberg, ab 1946 war er Präsident des Kammergerichts.

In die umfängliche Rechtsprechungstätigkeit dieses Gerichts gibt das Buch von Klockmann einen aufschlussreichen Einblick. Diese Rechtsprechung betraf Nazi- und Kriegsverbrechen, Wirtschaftsverbrechen und andere in jenen Jahren aktuelle gewesene Straftaten.<sup>11</sup> Aber bereits nach dem Einmarsch der US-Truppen gab es „Einbrüche“ in diese traditionelle einheitliche Berliner Justiz: Als ersten Akt der Spaltung der Berliner Justiz erteilte der us-amerikanische Stadtkommandant dem Direktor des Zehlendorfer Landgerichts (für Zivilsachen) den Auftrag, ein eigenes Landgericht, das LG II, zu bilden. Es sollte als Rechtsmittelgericht für die im us-amerikanischen Sektor gelegenen Amtsgerichte fungieren. Auch die Britten wollten für ihren Sektor ein eigenes Landgericht im Stadtbezirk Charlottenburg haben.

Die US-Amerikaner und Britten hatten somit - in Abweichung vom traditionellen Justizaufbau nach dem überkommenen Gerichtsverfassungsgesetz (GVG) vom 27. Januar 1877, den die Sowjetische Besatzungsmacht akzeptiert und zur Grundlage des Neuaufbaus der Justiz in Berlin gemacht hatte, - nach eigenem Gutdünken in Westberlin einen „neuen“ Justizaufbau zu errichten versucht. Die Traditionen der deutschen Justiz und der deutschen Richter kümmerten sie wenig.

Mit zähen Verhandlungen gelang es dann doch, im Oktober 1945 einen der traditionellen Struktur entsprechenden einheitlichen Gerichtsaufbau für Berlin zu vereinba-

---

<sup>10</sup> In diesem Abschnitt werden auch einige Informationen aus dem Buch „Zur Geschichte der Rechtspflege der DDR. 1945 – 1949“, Staatsverlag der DDR, Berlin 1976, verwertet.

<sup>11</sup> Der Oberstaatsanwalt Karl Klockmann hat als Vertreter des Generalstaatsanwalts beim Kammergericht Berlin, Dr. Rolf Helm, die wichtigsten Entscheidungen dieses Gerichts in seinem Buch „Aus der Rechtsprechung des Kammergerichts in Strafsachen seit dem 6. Mai 1945“ gesammelt und im Deutschen Zentralverlag Berlin, 1950, herausgebracht. Dort können solche Entscheidungen nachgelesen werden.

ren. Das „Stadtgericht“ wurde – wieder – das Kammergericht im Stadtbezirk Mitte. Dort war auch das Landgericht sowie damals das Amtsgericht Berlin-Mitte.

Allerdings blieben noch viele weitere Streitpunkte: Einer der wesentlichsten bestand darin, dass die Westmächte die in der sowjetischen Besatzungszone ermöglichte Ausbildung von „**Volksrichtern**“ nicht akzeptierten. Diese außergewöhnliche Ausbildung neuer Richter und Staatsanwälte war die s. Zt. **einzig gegebene Möglichkeit**, vom Nazismus nicht belastete Richter und Staatsanwälte, möglichst ausgewiesene Antifaschisten, in die neue Justiz eines neuen antifaschistischen Deutschlands zu bringen. Den beiden vorgenannten Westlichen Alliierten war es – wie auch in anderen Zusammenhängen deutlich wurde – wichtiger, überkommene und übernommene Richter und Staatsanwälte zu haben, die bereits Hitler gedient hatten! Dass sie darin bei solchen Richtern und Staatsanwälten, aber auch bei Teilen der Bevölkerung, besonders in Westberlin, Unterstützung fanden, versteht sich - auch angesichts des Fortwirkens alten Gedankengutes dort - von selbst.

Für die Arbeit der Justiz ist überall das Wirken der **Polizei** als Organ der Ausführung von justiziellen Anordnungen unerlässlich. Denn das Gericht übt keine physische Macht aus und ist unbewaffnet. Zur Durchsetzung seiner Entscheidungen bedarf es der Polizei als deutlich erlebbarem Machtorgan. Aber in Berlin war bereits Anfang 1948 im US-amerikanischen Sektor eine Polizei eingerichtet, die alles andere als fortschrittlich war. Die endgültige Spaltung der Polizei in Stumm-Polizei im Westen und Volkspolizei im Osten war durch die Suspendierung des ordentlichen Polizeipräsidenten Markgraf Ende Juli 1948 durch die westlichen Stadtkommandanten eingeleitet worden. Diese Situation nutzt Dr. Johannes Stumm dazu, **Polizeidienststellen nach Westberlin zu verlegen** und die Polizeiangehörigen zu verpflichten, sich dort, im Westen, zum Dienst zu melden, also den „Osten“ im Stich zu lassen!.

Die dann unter dem Namen „Stumm-Polizei“ bekannt gewordene Polizei-Truppe hat sich als Machtorgan gegen jegliche andere, nicht westliche politische Tätigkeit gezeigt, erwiesen, wie ich das damals wiederholt unmittelbar miterlebt habe: Mehrere von den Polizeistöcken niedergeschlagene Mitbürger musste in Krankenhäusern medizinisch versorgt werden! *Das erinnerte mich an Attacken der kaiserlichen Polizei, die zu Pferde mit blankem Säbel gegen unbewaffnete Demonstranten vorgegangen war.*

Für die Tätigkeit der Berliner Justiz bedeutet diese Spaltung der Polizei, dass richterliche Anordnungen, so Vorführungsersuchen, von Ostberliner Gerichten **in Westberlin nicht ausgeführt** wurden: Betreffende Personen, so Kriminelle aller Art, wurden auf diese Weise **von der „Westpolizei“ gegen die Ostberliner Justiz geschützt!** Die Anordnungen und Entscheidungen dieser Gerichte liefen leer! Eine konsequente

Strafverfolgung war damit namentlich **gegen Nazi- und Kriegsverbrecher sowie gegen Wirtschaftsstraftäter verhindert**.

Auch die Arbeitsgerichtsbarkeit wurde durch Willkürakt des „Westens“ gespalten.

Schon zuvor hatte es aufgrund unterschiedlicher Auffassungen über die Aufgaben der Justiz im Nachkriegsdeutschland, besonders hinsichtlich der Strafverfolgung von Nazis oder nazifreundlichen Aktivitäten im „Dritten Reich“, vornehmlich hinsichtlich des Anwendungsbereichs des Kontrollrats-Gesetzes Nr. 10, Differenzen zwischen den westlichen Stadtkommandanten einerseits und dem sowjetischen andererseits gegeben.

Bis Ende 1947 waren von den zahlreichen NS-Verbrechern **nur 873** Personen verurteilt worden. Erst nach Erlass des Befehls Nr. 201 der „Sowjetischen Militäradministration in Deutschland“ (SMAD) vom 16. August 1947 änderten sich die Zahlen: Im Jahre 1948 wurden 4 549 Personen verurteilt und dann im Jahre 1949 weitere 2 633.

Zu den Meinungsverschiedenheiten unter den vier Stadtkommandanten zur justiziellen Praxis in Berlin war bemerkenswert, dass sogar das Rechtskomitee der Alliierten Kommandantur von Groß-Berlin sich zu einer deutlichen Rüge veranlasst sah: In einem Schreiben an den Präsidenten des Kammergerichts Strucksberg vom 30. Dezember 1947 (unterzeichnet vom US-Vertreter dieses Gremiums als turnusmäßigem Vorsitzenden) wurden Maßnahmen zur Verbesserung der Rechtsprechung zur Bestrafung der Kriegs- und Naziverbrecher verlangt.<sup>12</sup>

Strucksberg hatte das Kontrollratsgesetz (KG) Nr. 10 ignoriert, entsprechende Prozesse verzögert, die Bestrafung betreffender Personen verhindert oder solche Prozesse nicht mit der den NS-Verbrechen gemäßen Härte durchgeführt.

Der in gleicher Weise agierende Generalstaatsanwalt Dr. Kühnast wurde am 29. Mai 1947 aufgrund seiner Suspendierung durch die Alliierte Kommandantur wegen gleicher Versäumnisse unter Hausarrest gestellt. Da er seinen Wohnsitz im sowjetischen Sektor Berlins hatte, war er dort zu vollziehen; dieser Hausarrest währte 431 Tage.

Aufgrund all derartiger „westlicher“, antisowjetischer Einflüsse sowie infolge von Nachwirkungen der nazistischen Vergangenheit in Berlin, namentlich in Westberlin, kam die Berliner Justiz bei der Erfüllung ihrer sich aus dem Potsdamer Abkommen ergebenden Aufgaben der Strafverfolgung von Nazi- und Kriegsverbrechern - im Gegensatz zur Entwicklung in den Ländern der sowjetischen Besatzungszone - in

---

<sup>12</sup> Siehe „Zur Geschichte der Rechtspflege der DDR. 1945 - 1949“. Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1976; S.175/176.

Rückstand und blieb gegenüber der dortigen konsequenten Strafverfolgung derartiger Verbrechen zurück.<sup>13</sup>

Die eigentliche und schließlich **vollständige Spaltung der Berliner Justiz** stand mit der **separaten Währungsreform** in unmittelbarem Zusammenhang: In welcher Währung sollten anfallende Gerichtskosten und die Gebühren der Anwälte entrichtet werden? Soweit angezielt war, dies nach Maßgabe des Sitzes des angerufenen Gerichts zu bestimmen, ergab sich, dass Recht suchende Bürger des Öfteren kein Geld in der entsprechenden Währung besaßen; letztlich wurden mitunter keine Gerichtskosten erhoben. Die Anwälte verwiesen vielfach auf ihre Kollegen im anderen Sektor.

All das verursachte eine sich über Jahre und Jahrzehnte erstreckende beispiellosen Entfaltung von Kriminalität, obzwar diese dann in der DDR – im deutlichen Gegensatz zur Zunahme der Kriminalität in der BRD – nach 1952 unübersehbar abnahm. (Die DDR gehörte in der Welt zu den Staaten mit der geringsten Kriminalität.)

Auf dem Hintergrund der außerordentlich hohen Nachkriegskriminalität in Berlin kam es damals zu massenhaften, zuvor unbekanntem Kriminalitätserscheinungen, wie Schmuggel aller Art, spezifische Spekulationsdelikte, massenhaft geförderte Diebstähle, so der S-Bahn Verbindungen (Kabel aus Buntmetallen), deren Entwendung den mit Mühe wiederhergestellten S-Bahnverkehr immer wieder massiv störte. Denn dieses Buntmetall wurde für begehrtes „Westgeld“ in Westberlin an den Sektorengrenzen postierten, sich unter den Augen der „Stumm-Polizei“ als Hehler erweisenden Aufkaufstellen "umgesetzt". (Die Westberliner Polizei tolerierte ausdrücklich und willentlich solche Kriminalität sehenden Auges, um dem „Osten“ zu schaden.) Das war eine offizielle amtliche Förderung und Unterstützung derartiger Täter, also Beihilfe zu deren Taten. Das war währungsökonomischer und offen krimineller **Kalter Krieg**.

Die USA und die von ihr abhängigen westdeutschen und westberliner Behörden verhinderten ein sachgerechtes normales, legales "Umtauschverhältnis". Sie taten alles, um die Wirtschaft in Ostdeutschland, besonders in Ostberlin, zu stören und ihr Schaden zuzufügen. Es kam ihnen zu pass, dass auf diese Weise ein "**schwarzer Geldmarkt**" entstand, der der Wirtschaft im Ostteil der Stadt und generell der ostdeutschen Wirtschaft enormen wirtschaftlichen und moralischen Schaden zufügte.

---

<sup>13</sup> So die Beurteilung der Lage durch die Deutsche Zentralverwaltung für Justiz (DJV); aaO. in „Zur Geschichte...“ S. 176.

Das war gewollt und gehörte zu dem politischen Gesamtkonzept, Ostdeutschland, einschließlich Ostberlin, wirtschaftlich und dann auch politisch kaputt und damit "sturmreif" zu machen, für die "Befreiung der 'Soffjetzone'", wie es Adenauer aussprach.

### **Die Schaffung einer separaten Westberliner Justiz**

Auf der gleichen Linie des Wirkens dieser Spalter lag die Verbringung (in Wahrheit Diebstahl) von Bürogeräten, vor allem von damals nur unzureichend vorhanden alten Schreibmaschinen, von Gerichtsakten und ebenfalls nur spärlich vorhandener Fachliteratur in den Westen. Auf diesem kriminellen Wege wurde - wie sich später herausstellte - die Verlagerung von Gerichtsbehörden in den Westen und die Sezession eines Teils der Berliner Justiz vorbereitet

Um die vollständige Spaltung der einheitlichen Berliner Justiz zu bewirken, wurden unter dem Schutz der westlichen Militärkommandanten und der Westberliner Polizei, der „Stumm-Polizei“, ein neues Kammergericht und ein neues Landgericht (am Tegeleer Weg), für Zivilsachen geschaffen. Das für schwere Strafsachen erstinstanzlich zuständige und als zweite Instanz für Strafsachen zuständige Landgericht befand sich bereits in Moabit, in Westberlin.

Bei den vorgenannten kriminellen Unternehmungen wurde der am Kammergericht in der Littenstrasse Beschäftigte Oskar Scheiblich beobachtet. Am 3.2.1949 wurde er von Staatsanwalt Berger festgenommen. Scheiblich bekundete, schon vor vielen Wochen vom Präsidenten des Kammergerichts, Strucksberg, den „Geheimauftrag“ bekommen zu haben, Akten und andere Sachen in den Westen zu verbringen. Er hatte fünf entsprechende Transporte ausgeführt. Auch das Transportmittel, ein PKW des Kammergerichts (ebenfalls damals eine Kostbarkeit), sollte im Westen verbleiben.

Noch am gleichen Tage wurde der Täter vom „Schnellgericht Berlin-Mitte“, das zum Zwecke unverzüglicher Ahndung von damals ganz massenhaften Straftaten eingerichtet worden war, abgeurteilt. Er bekam 18 Monate Gefängnis. Daraufhin flüchtete der Drahtzieher Strucksberg in den Westen, ohne dort - etwa von den westlichen Stadtkommandanten oder der „Stumm-Polizei“ - belangt zu werden. Im Gegenteil: er konnte am 4. Februar 1949 die „Verlegung“ des Kammergerichts nach Westberlin in das im britischen Sektor gelegen York-Haus am Ferbelliner Platz durchführen. So setzte sich Anfang Februar 1949 dieser Präsident des Kammergerichts - wie auch der Generalstaatsanwalt Berlins Dr. Kühnast - ohne ordentliche Abmeldung bei ihren Vorgesetzten und ohne Übergabe der Geschäfte nach dem Westen ab: Sie **desertierten!** Ihnen folgten eine Reihe von Richtern, Staatsanwälten und anderen Justizangestellten, die ebenfalls antisowjetisch, gegen die antifaschistisch-demokratische Entwicklung in Ostdeutschland eingestellt waren.

Ob ausdrücklich beabsichtigt oder zumindest gewünscht, entsprach ihr Verhalten der generellen politischen Zielstellung unserer Gegner, in Ostberlin die Rechtspflege kaputt zu machen und den Berlinern, vor allem den Bürgern Ostberlins, eine geordnete Rechtspflege und nicht zuletzt den notwendigen Schutz vor der damals noch sehr hohen Kriminalität zu nehmen.

Jedenfalls entstand auf dem Gebiete der Rechtspflege in Ostberlin ein **Notstand**, der nur durch außerordentliche Maßnahmen umgehend überwunden werden konnte. Diese mussten von der Zentralverwaltung der Justiz (DJV) eingeleitet werden. Dabei halfen die Ostdeutschen Länder: Vor allem musste die in Berlin bis dato verhinderte oder zumindest eingeschränkte Heranziehung von Volksrichtern nach entsprechender (gekürzter Ausbildung) nachgeholt werden. Dem entsprach der Befehl Nr. 16 der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) vom 17. Februar 1949 „Über die Heranziehung neuer demokratischer Kräfte für die Justizbehörden“ (VOBl. Berlin, S. 60). In Erfüllung dieses Befehls kamen bereits im Oktober 1949 fünfundvierzig auf diese Weise ausgebildete Juristen als Richter und Staatsanwälte zum Einsatz in der Berliner Justiz.

Ende 1949 waren etwa die Hälfte der Staatsanwälte und Richter im demokratischen Sektor Berlins Absolventen von Richterschulen, davon fast ein Drittel **Frauen**. Das war ein historischer Einbruch in die bis dato von Männern beherrschte Domäne der Justiz – dem entsprach damals auch das Erscheinungsbild der Teilnehmer an den Vorlesungen der juristischen Fakultät in Berlin: die ganz wenigen Studentinnen konnte man mit der Lupe suchen! -

Personell wurde in Ostberlin Hans Freund Präsident des Kammergerichts, als solcher fungierte er von 1949 bis 1950 im Gebäude in der Littenstrasse. Ihm folgte Hans Ranke, der zunächst dessen Stellvertreter gewesen war. Er wurde 1957 stellvertretender Justizminister und dann Staatssekretär in diesem Ministerium. Rolf Helm wurde 1949 Generalstaatsanwalt beim Kammergericht und später Abteilungsleiter im Ministerium der Justiz. Er war vor seiner Berufung nach Berlin Generalstaatsanwalt im Lande Sachsen gewesen, wo er besondere Erfahrungen bei der Verfolgung von Nazi- und Kriegsverbrechern sowie von Wirtschaftsstraftätern hat sammeln können. Mit Hilde Neumann, der der Neuaufbau des Landgerichts in der Littenstrasse übertragen wurde, stand **erstmalig** eine **Frau** an der Spitze eines solchen Gerichts.

Es gab nun faktisch **zwei** Kammergerichte und **zwei** Landgerichte, die sich gegenseitig nach „allen Regeln der Kunst“ justiziell und auch sonst bekämpften.

Kriminelle Naturen hatten, wie oben dargestellt, bereits zuvor für dieses Unternehmen Akten, technische Geräte und Fachliteratur aus den Gerichten im Ostteil der Stadt gestohlen und illegal nach Westberlin verbracht.



Die so, also auch auf kriminelle Weise, geschaffene **separierte Westberliner Justiz** hat sich bis zum äußersten demaskiert. Sie hat sich demgemäß auch - nicht zuletzt aufgrund ihrer personellen Zusammensetzung, die der in Westdeutschland entsprach - vielfach als antisowjetisch, als antisozialistisch dargestellt und erwiesen. Dazu gehörte die bereits erwähnte Nichtanerkennung von Volksrichtern. Gerade dies beförderte den personellen Erhalt und Fortbestand dieser buchstäblich **alten** Justiz. Volksrichter wurden in Westberlin nicht geduldet, aber Richter und Staatsanwälte aus der Nazi-zeit, Beamte im Geiste des Nazismus, des Antikommunismus und Antisowjetismus, Feinde der DDR machten Karriere! Die Richterschaft und auch das Personal der Staatsanwaltschaft in Westberlin "säuberten" sich umgehend vom Antifaschismus.

Die oben beschriebene Spaltung der Berliner Justiz hat somit, wie auch die folgenden Jahre und Jahrzehnte bewiesen, in ihrer politischen Funktion mit ihrer DDR-Feindlichkeit über Jahrzehnte fortgewirkt.

Was hatte der „Westen“ geschafft?

**Nun war auch Berlin in seiner Währung, seiner Wirtschaft und seiner politischen und staatlichen Verwaltung gespalten.**

**Zwei einander feindlich gegenüberstehende Teile Berlins markierten den „Kalten Krieg“ in dieser Stadt.**

Die zeitgleich mit der rechtswidrigen Durchsetzung der separaten Währungsreform in Berlin (Westberlin) bewirkte **definitive Spaltung Berlins**, namentlich seiner Verwaltung und seiner Justiz, erwies sich als **Modell** der alsbald danach bewirkten **Spaltung Deutschlands**.

In Berlin standen sich im Ergebnis der dargestellten Spaltung seiner Justiz zwei inhaltlich rechtspolitisch diametral entgegengesetzte Justizsysteme gegenüber.

In Ostberlin eine neue, fortschrittliche Justiz, die mit der Entwicklung in den ostdeutschen Ländern, später in der DDR sich vollziehenden Entwicklung Schritt hielt, jedenfalls eine klare antinazistische Haltung und Einstellung bewies. Demgegenüber spielten in Westberlin "alte", vielfach reaktionäre und antikommunistische Kräfte die maßgebliche Rolle.

Dieser sonst so nicht erlebbare krasse Gegensatz war über viele Jahrzehnte nicht übersehbar und wirkte sich nach der Liquidierung der DDR auch bei der rechtswidrigen Strafverfolgung von Bürgern der DDR durch die - nun wieder formell als Gesamtberliner Justiz agierende - überdeutlich aus

Wir konnten auf dem Gebiet des Strafrechts eine Reihe dieser so eingestellten Staatsanwälte und Strafrichter - bzw. deren „Schüler“ - bei der rechtswidrigen Strafverfol-

gung von DDR-Bürgern (auch von Richtern und Staatsanwälten)<sup>14</sup> als forsche Feinde der DDR erleben.

**Die Ostberliner hatten nun – nach 1990 – in Strafsachen zu den Gerichten und Staatsanwaltschaften in „Feindesland“ zu gehen, soweit sie nicht durch die „Westpolizei“ dorthin verbracht wurden.**

### **Schritte zur unmittelbaren Spaltung Deutschlands**

Wir haben nunmehr den Faden, der zur Bildung des westdeutschen Separatstaates und zur Gründung der DDR führt, wieder aufzunehmen.

Die durch die separate Währungsreform der USA bewirkte tief greifende Spaltung Deutschlands war nur der unübersehbare massive Anfang der vollständigen Spaltung Deutschlands - durch die USA und ihre Verbündeten.

Bereits am 1. Juli 1948, also wenige Tage nach der separaten Währungsreform - was den Zusammenhang dieser beiden Vorgänge unübersehbar macht - verlangten die drei westlichen Militärgouverneure, voran General Lucius D. Clay, gemäß den bereits vor der Durchführung der separaten Währungsreform verabredeten „Londoner Empfehlungen“, die vorsahen, einen westdeutschen Separatstaat zu schaffen, von den Ministerpräsidenten der westdeutschen Länder **bis zum 1. September** des gleichen Jahres (also **binnen zweier Monate!**) eine verfassungsgebende Versammlung einzuberufen.

Es sollte - wie in den „Londoner Empfehlungen“ unter Verletzung des Potsdamer Abkommens verabredet - **umgehend ein westdeutscher Separatstaat** gebildet werden. Dieser sollte mit seinem weitgehend unangetastet gebliebenen ökonomischen und militärischen Potential eine Hauptsäule der NATO in Europa werden. Aber die Ministerpräsidenten der westdeutschen Länder wussten um die Stimmung in ihren Ländern und wollten deshalb keine separate westdeutsche Verfassung und keinen separaten westdeutschen Staat, die die Spaltung Deutschlands über die Währungsspaltung hinaus weiter vertiefen würde. Was tun? Dem Befehl der Besatzungsmächte zu widersprechen und ihn nicht zu befolgen, ging nicht. Was konnten die westdeutschen Ministerpräsidenten tun? Der „schlaue Fuchs“ Adenauer wusste einen Ausweg, den er den westlichen Militärgouverneuren, vor allem Clay, schmackhaft machen konnte. Er

---

<sup>14</sup> In meinem Buch „DDR–Strafrecht unterm Bundesadler“, das im Jahre 2011 im Kai Homilius Verlag erschien, habe ich juristisch exakt –bis heute unwidersprochen! – diese rechtswidrige Strafverfolgung nachgewiesen. Eine etwas kürzere Darstellung dieses Themas findet sich in meiner Schrift „Der dritte Akte der Totalliquidierung, Rechtsbrüche und Unrechtsurteile am laufenden Band.“, die im Jahre 2012 im GNN-Verlag erschien.

„**erfand**“ einen "Parlamentarischen Rat", ließ sich durch die Länderparlamente in diesen Vertreter entsenden und nahm - als „Ältester der Anwesenden“ - ohne jede Abstimmung - den Vorsitz dieses Rates ein. Für dieses Gremium gab es weder in den Länderverfassungen, noch in der Weimarer Verfassung, auf die das GG mehrfach Bezug nimmt, eine Rechtsgrundlage und erst recht nicht im Potsdamer Abkommen. Meine Formulierung "**erfand**" ist somit mehr als zutreffend.

Am 23. Mai 1949 wurde das "Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland" - nachdem die westlichen Besatzungsmächte es mit einigen Änderungen, die vor allem ihre Rechte an und auf Berlin zu gewährleisten hatten, und nachdem die Länderparlamente **binnen einer Woche (!) ihr Ja** (oder Nein) zu diesem GG kundtun durften, von diesem in keiner Verfassung oder ähnlichem Rechtsakt vorgesehenem "Rat" angenommen, formell ausgefertigt und verkündet. Es wurde in einem "Bundesgesetzblatt" eines Staates, den es noch gar nicht gab, auf S. 1 ff veröffentlicht.

Dieses Datum des 23. Mai galt in der Folgezeit vielfach als Gründungsdatum der BRD. Ein Staatsfeiertag wurde es nicht. Den Bürgern der westdeutschen Länder wurde dieses GG als amtliches fertiges Produkt **vorgesetzt**. Sie wurden ihm - wie einem Befehl - unterworfen. Irgendwelche ernst zu nehmenden Erläuterungen dieses Produkts gab es nicht. Übrigens hat auch der später gewählte Bundestag das GG niemals durch einen Beschluss der westdeutschen Volksvertreter bestätigt oder bekräftigt. So etwas hielt niemand für erforderlich.

Keiner der unabhängigen bundesdeutschen Richter, bis zu denen des BVerfG, hat jemals das Zustandekommen des GG und damit der BRD hinterfragt!

Es sei dahingestellt, ob Adenauer jemanden über seine geheimen Pläne aufgeklärt hatte, aber im Nachhinein wird sein weit reichender Schachzug nachvollziehbar. Aufgrund seiner politischen und Lebenserfahrung wusste er: Es kommt stets auf das Ergebnis an. Wenn es allgemein akzeptiert wird, fragt niemand mehr, wie es zustande kam, ob rechtmäßig oder rechtswidrig. Da das Produkt, das GG, bei allen für die Entwicklung Westdeutschlands mächtigen und maßgebenden Kräften und Mächten Billigung erfuhr, so vor allem bei den USA und den anderen westlichen Besatzungsmächten, weil ja nun der Weg zu einem westdeutschen Separatstaat geöffnet war, ebenso bei allen Adenauer politisch nahe stehenden reaktionären Kräften, weil sie nun eine Macht sahen, die die "Befreiung der `Soffjetzone`" bewirken könnte, fragte niemand von diesen mehr, wie das GG zustande gekommen war.

Wir hatten wieder einmal das in der bürgerlichen Rechtslehre anerkannte Ergebnis: Die **normative Kraft des Faktischen**, also die geschaffene Tatsache herrscht über das Recht und die Rechtlichkeit.

**Ganz so wie nach einem Krieg: Der Sieger hat nichts zu befürchten!**

## Adenauers Grundgesetz und „seine“ BRD

Adenauer rechnete damit und hatte auch persönlich darauf abgezielt, dass er der erste Bundeskanzler werden würde. Da sein Wohnsitz in Bonn lag, wurde Bonn am Rhein die Hauptstadt der BRD. Adenauer hatte so seinen Amtssitz als Bundeskanzler direkt vor seinem Wohnsitz. Selten war in der nachmonarchistischen, in der republikanischen Zeit ein Staat mit seinem Aufbau dermaßen auf eine Person, Adenauer, zugeschnitten, wie der westdeutsche Separatstaat, die BRD. Das ist an einigen juristischen Auffälligkeiten - über die vorgenannten hinaus - erkennbar:

Das GG enthält im Art. 102 eine für Konstitutionen ungewöhnliche Bestimmung, nämlich die über die Abschaffung der Todesstrafe. Normalerweise findet sich eine solche Bestimmung im Strafgesetzbuch. Falls in einer Konstitution solches angestrebt wird, wird dem Gesetzgeber ein entsprechender **Gesetzgebungsauftrag** erteilt, damit dieser die spezifisch strafrechtlichen Fragen in einem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren prüft und ins Parlament einbringt.

Warum musste eine derart spezifische Rechtsfrage im so zweifelhaft zustande gebrachten -GG "entschieden" werden? Kaum eine andere Regelung im GG ist so definitiv abgefasst! Einen kriminalpolitischen Grund für die sofortige uneingeschränkte Abschaffung der Todesstrafe gab es 1948/49 wahrlich nicht! Die Kriminalität war damals in Ost und West sehr hoch; namentlich Morde waren im Gefolge der Verrohung vieler Menschen durch den Krieg (ein Menschenleben zählte nichts) nicht selten. In der Bevölkerung - und auch bei den politischen Parteien in Ost und West - gab es weder damals noch später Stimmen oder Stimmungen für eine sofortige Abschaffung der Todesstrafe.

Die Verankerung der obligatorischen sofortigen Abschaffung der Todesstrafe im Art. 102 GG war ein Werk Adenauers. Wem diente, wem nützte ein solcher ohne gebührendes gesetzgeberisches Verfahren durchgezogener Eilakt vor dem Mai 1949? **Er diente vornehmlich Nazi- und Kriegsverbrechern und rettete ihnen den Kopf!** Dass Adenauer keine konsequente Strafverfolgung dieser Verbrecher wünschte, ist bekannt. Ich verweise auf seine bereits erwähnte „Ehrenerklärung“ als Bundeskanzler für die „Deutsche Wehrmacht“ **und die Waffen-SS** vor dem ersten Deutschen Bundestag am 3. 12. 1952, die von den Abgeordneten der maßgeblichen Parteien mit Beifall bekräftigt wurde. Dazu gehört auch sein persönliches Schreiben als Bundeskanzler (auf entsprechendem Kopfbogen) an Generaloberst a. D. Hauser vom 17.12.1952, in dem er diesem gegenüber bestätigend betont, dass seine o. g. Ehrenerklärung „auch die Angehörigen der Waffen-SS umfasst, soweit sie ausschließlich als Soldaten ehrenvoll für Deutschland gekämpft haben.“

Ich erspare mir eine Erläuterung des Charakters des Hitlerkrieges und des Wirkens der Nazi-Wehrmacht sowie der Waffen-SS, besonders im Osten.

Eine weitere Auffälligkeit in Adenauers Wirken besteht in folgendem: Kaum war er - wie von ihm erstrebt - Bundeskanzler, da gehörte zu seinen ersten politischen Maßnahmen und Edikten das **Verbot der Freien Deutschen Jugend** vom 26. Juni 1951 - I335 **K** bis I335/51 - , der Organisation eben der Mädchen und Jungen, denen Hitler die Jugend geraubt hatte. Maßgeblicher, in dem von ihm unterzeichneten Erlass nachlesbarer Grund für dieses bis auf den heutigen Tag wirkende Verbot der FDJ in Westdeutschland war, dass sie sich auf die Teilnahme an den bevorstehenden "Weltfestspielen der Jugend und Studenten", diesmal in Berlin, 1950 vorbereiteten!

Der nächste Akt Adenauers war das im Eiltempo durchgedrückte "Erste Strafrechtsänderungsgesetz" vom 31. August 1951, das wegen dieser Eile unter dem Namen "Blitzgesetz" bekannt wurde. Dieses Gesetz betraf Staatsschutzbestimmungen. Aber es bestand **keine Notwendigkeit**, vor allem keine Eile, ein solches Gesetz jetzt zu erlassen.

Adenauer hatte selbst dafür gesorgt, dass sein GG im Art.143 **GG** die klassischen Staatsschutzbestimmungen, wie Hoch- und Landesverrat, enthielt. Wofür und gegen wen musste jetzt in aller Eile ins Strafgesetzbuch ein ganzes Kapitel für bzw. gegen Hoch- und Landesverrat aufgenommen werden? Aus einem ursprünglich gegen Nazis gedachten Entwurf eines Strafgesetzes wurde unter Adenauers maßgeblicher Regie erklärtermaßen ein **Strafgesetz gegen Kommunisten**.

Namentlich wurden über die klassischen Bestimmungen des Hoch- und Landesverrats hinaus /(Hochverrat war stets durch das Merkmal der Gewalt oder der Drohung mit Gewalt gekennzeichnet) weitere außerordentlich schwammige Strafbestimmungen unter der höchst bedenklichen Überschrift "Staatsgefährdung" (§ 88) aufgenommen. Es sollte ein Strafgesetz gegen "schleichenden Hochverrat" sein, den Adenauer den Kommunisten unterstellte.

Gerade dafür hatte man im Bundesjustizministerium einen erfahrenen Mann ausgewählt und herangezogen, den **Nazijuristen** Schafheutle, der im NS-Justizministerium auf dem **gleichen Stuhl** gesessen hatte, den er jetzt im Bundesjustizministerium einnahm!.

Das erste Strafgesetz Adenauers BRD war ein **Strafgesetz gegen Kommunisten**.

Demgegenüber war das erste Strafgesetz der DDR das **Friedensschutzgesetz** vom 15. Dezember 1950.

Nach diesem Gesetz Adenauers wurden viele Tausende Mitglieder der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) und Sympathisanten von Kommunisten **rechtswid-**

**rig** verfolgt. Als diese das Verbot der KPD durch das Verbotsurteil des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) mit vorbereitende und unterstützende politische Aktion der massenhaften rechtswidrigen Strafverfolgung von Kommunisten und ihren Sympathisanten ihre Aufgabe erfüllt hatte, war das BVerfG durch eine Verfassungsbeschwerde in den Stand gesetzt worden, die Recht- und Verfassungsmäßigkeit dieser Strafverfolgung zu prüfen:

Das Ergebnis im Urteil des BVerfG vom 21. März 1961 war eindeutig: Mitglieder der legalen KPD duften vor dem Verbotsurteil des BVerfG nicht wegen ihrer legalen Tätigkeit verfolgt werden - sie hätten also nicht verfolgt werden dürfen! All ihre Verfolgungen und Verurteilungen waren somit nach dem Urteil des BVerfG rechtswidrig, Unrecht!

Selbstverständlich blieb im „Rechtsstaat“ BRD dieses Adenauer nicht genehme Ergebnis des BVerfG ohne Auswirkungen für die rechtswidrig verurteilten und verfolgten BRD-Bürger.

Und schließlich ist eben dieses Partei-Verbotsverfahren gegen die KPD anzuführen, das Adenauer als Kanzler im Jahre 1951 durch entsprechenden Antrag beim BVerfG in Gang gesetzt hatte. Er begnügte sich nicht mit einem solchen Antrag. Er nahm wiederholt auf das Verfahren Einfluss, drängte die - laut Adenauers GG unabhängigen - Richter und drohte ihnen damit, ihnen die Sache wegzunehmen und dem anderen Senat zu übertragen. Das **rechtswidrige KPD-Verbotsurteil** erging am 17. August 1956 (I BvB 2/5i).

Diese Beispiele aus dem Bereich des Rechtswesens und der Justiz mögen genügen, um zu veranschaulichen, dass und wie Adenauer "sein" GG und "seine BRD" in der Hand gehabt hatte.

**GG und die darauf "errichtete" BRD waren für Adenauer und somit von ihm für sich maßgeschneidert-**

**Soweit zur Entstehung des GG und zu dem** Einfluss, den Adenauer auf dessen Zustandekommen und Inhalt, sowie dann auf den demgemäß konstruierten Staat, die BRD, hatte.

Nach der Verkündung des GG passierte zunächst nichts. Den Staat BRD gab es bis dato nur auf dem Papier des Bundesgesetzblattes. Sommer mit Urlaub und Ferien stand bevor.

Gleich danach, am 14. August, wurden die Bundesbürger zu Wahlen zu einem Bundestag aufgerufen, von dem sie nicht viel wusste. Was war das für ein Gebilde? Was sollte und durfte es? Darüber machten sich nur wenige Gedanken. Das hier und da sichtbar werdende "Wirtschaftswunder" blendete die Augen vieler Bundesbürger.

### **Die Entstehung des westdeutschen Separatstaates**

Mit der Konstituierung des ersten Bundestages und des aus Vertretern der Länder bestehenden Bundesrates am 7. 9. 1949 **entstand die westdeutsche BRD**, dem die Wahl des ersten Bundeskanzlers, Adenauer, am 15. 9. 1949 folgte. Unmittelbar danach, am 21. 9. 1949, trat das Besatzungsstatut in Kraft. Damit beweisen die USA und die anderen westlichen Besatzungsmächte, dass dieser von ihnen installierte westdeutsche Separatstaat voll und ganz, natürlich vor allem militärisch und ökonomisch, ihnen unterworfen blieb, der dann durch seine NATO-Mitgliedschaft in den Militärpakt der USA eingebunden wurde.

### **Das war die Spaltung Deutschlands, nun auch staatlich zementiert.**

Jedenfalls gab es jetzt - irgendwie - einen westdeutschen Separatstaat, die BRD, in dem die Westdeutschen unter einem Grundgesetz zu leben hatten, das ihnen mit dessen Verkündung (post festum) vorgesetzt worden war. Sie kannten es nicht und hatten auch keine Beziehung zu ihm. Dieser Vorgang muss als höchst undemokratisch, ja als demokratiefeindlich bezeichnet werden.

Zum Charakter und zur Funktion dieses westdeutschen Separatstaates fand der Verfassungsrechtler Helmut Ridder eine treffende Formel: „Dieses Kind des Kalten Krieges war zum Frontsoldaten ausersehen, sonst hätte es das Licht der Welt nicht erblickt.“<sup>15</sup>

Ebenso treffend sind die Worte Augsteins: „Die neue deutsche Armee wurde nicht gegründet, um den Bonner Staat zu schützen, sondern der neue Staat wurde gegründet, um eine neue Armee gegen die Sowjets ins Feld zu stellen – mag diese Ratio den Paten im In- und Ausland nicht voll bewusst gewesen sein.“<sup>16</sup>

### **Halten wir fest:**

Der westdeutsche Separatstaat wurde **auf Befehl der westlichen Militärgouverneure ohne jede Beteiligung der Bürger**, der westdeutschen Öffentlichkeit kreiert.

Dieser Vorgang beruhte auf der das Potsdamer Abkommen schwerwiegend verletzenden separaten Währungsreform in Westdeutschland und **perpetuierte diesen Rechtsbruch**.

---

<sup>15</sup> in H. Ridder, Die Souveränität der BRD und ihre Position in der westlichen Allianz“, Blätter für deutsche und internationale Politik (Köln) 1982/8, S. 920 ff, insbes. S. 928.

<sup>16</sup> R. Augstein, „Waffen statt Politik“ in Bilanz der Bundesrepublik, „Magnum“, Sonderheft, Köln 1961, S. 48.

### **Es ist selbst ein Rechtsbruch.**

Das ausdrücklich als **Provisorium** geschaffene GG, unter dem die Bundesbürger nunmehr bereits 65 Jahre leben, leben müssen, hat **niemals eine demokratische Legitimation** erfahren.

Die verfassungsrechtlich im Art.146 GG vorgesehene Ablösung dieses Provisoriums durch eine ordentliche vom ganzen deutschen Volk in einer Volksabstimmung zu beschließende Verfassung wurde 1990 absichtlich und vorsätzlich nicht genutzt.  
**Kanzler Kohl verbot es.**

## **Die Gründung der DDR**

Was hat dies alles mit der **Gründung der DDR** zu tun? Vieles, ja alles.

All das, was vorstehend in knappen Zügen vermittelt worden ist, war die langfristig angelegte Vorgeschichte, ohne die die Gründung der DDR nicht zu verstehen ist. Ich irre mich sicher nicht, wenn ich davon ausgehe, dass diese Vorgänge vielen Deutschen in Ost und West nicht (mehr) geläufig sind.

Wie kam es nun zu der Gründung unserer Deutschen Demokratischen Republik?

Auch ohne eine solche Staatsbildung konnte in Ostdeutschland die planmäßige gesellschaftliche Entwicklung vorangebracht werden. Es gab schon einen Halb- und einen Zweijahres-Plan. Die Planwirtschaft entwickelte sich, auch ohne einen ostdeutschen Staat. Die "Deutsche Wirtschaftskommission" (DWK) hatte von der Sowjetischen Besatzungsmacht Gesetzgebungsbefugnis erhalten. So war die von ihr beschlossene Wirtschaftsstraß-Verordnung vom 23. 9. 1948 bereits auf die Sicherung der Durchführung der Planwirtschaft in Ostdeutschland ausgerichtet.

Aber die Konstruktion eines westdeutschen Separatstaates schuf staats- und dann auch völkerrechtlich eine **neue, und zwar eine ernste Lage**.

Man muss sich das einmal richtig vorstellen: Plötzlich existierte in Westdeutschland, vor den Türen Ostdeutschland, ein westdeutscher Separatstaat, der als **Staat** alsbald völkerrechtliche Anerkennung der Westmächte erfahren würde und dann auch von diesen und weiteren westlichen Staaten umgehend erfuhr. Demgegenüber blieb Ostdeutschland ein **staats- und völkerrechtliches Vakuum** - mit all den sich daraus ergebenden Konsequenzen und Gefahren. Ein staatenloses Gebilde konnte - unter entsprechenden politischen Bedingungen - von der BRD ohne weiteres annektiert, kassiert werden. Es drohte eine ebenfalls rechtswidrige Einverleibung der Ostdeutschen Länder in diesen aus Rechtsbrüchen hervorgegangenen, Kapitalismus und -



verdeckt - auch Faschismus konservierenden, offensichtlich kriegslüsternden Zielen der USA hörigen Staat.

Was konnten wir Ostdeutsche dagegen tun? Was konnte die Sowjetische Besatzungsmacht, als unsere Schutzmacht, die alle unsere demokratischen Reformen, angefangen mit der Bodenreform und der Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher (im Lande Sachsen durch Volksentscheid) unterstützt hatte, tun? **Durch die Bildung der BRD war für Ostdeutschland, nein für ganz Deutschland, ein nationaler Notstand hervorgerufen worden.** Ein Notstand berechtigt den Betroffenen - ähnlich wie im Falle einer Notwehr - immer zu außergewöhnlichen unüblichen Schritten und Maßnahmen, um die durch den Notstand hervorgerufenen Gefahren zu minimieren oder einzuschränken.

Es lag nahe, ja auf der Hand, gegen die rechtswidrige Bildung eines westdeutschen Separatstaates einen **eigenen Staat** zu setzen. Dafür gab es - unvorhersehbar - einige günstige Voraussetzungen.

Ich nenne die oben bereits erwähnte Diskussion um eine gesamtdeutsche antifaschistische demokratische Verfassung.

Die damit verbundene Bewegung für ein einheitliches demokratisches Deutschland hatte auch zur Bildung eines Deutschen Volksrats geführt, also zu einem Gremium, deren Mitglieder (in Ostdeutschland wie zu einem Parlament), ordnungsgemäß gewählt worden waren. Dieser Volksrat hatte dann auch den im Ergebnis der breiten Diskussion in Ost und West zustande gekommenen Entwurf dieser Verfassung (einer deutschen demokratischen Republik) als solchen formell gebilligt.

Damit waren - unbeabsichtigt - einige wesentliche Voraussetzungen für die Gründung eines eigenständigen ostdeutschen Staates gegeben: Es gab eine von den Ostdeutschen ordnungsgemäß **gewählte** Vertretung dessen Bürger in Gestalt des Volksrates

In dieser Situation eines nationalen Notstands war es sachgerecht und legitim, dass sich der Volksrat am 7. Oktober 1949 gemäß dieser Verfassung als Provisorische Volkskammer der (vorerst nur ostdeutschen) Deutschen Demokratischen Republik konstituierte. Eben so legitim und nahe liegend war es, dass diese Provisorische Volkskammer den ausgereiften Verfassungsentwurf für eine gesamtdeutsche Republik nun als Verfassung des ostdeutschen Teilstaates nahm und beschloss.

Dass ein in einer Notstandssituation geborener Staat in solchem Maße demokratisch legitimiert war, dürfte fast einmalig sein.

Demgegenüber beruhte die BRD - wie dargestellt - auf Rechtsbrüchen und hat bis heute keine demokratisch legitimierte Verfassung, sondern nur ein Verfassungsfunktion erfüllendes, auf Befehl der Besatzungsmächte produziertes, den Westdeutschen

völlig undemokratisch vorgeseztes Papier, ein offizielles Provisorium, genannt Grundgesetz.

Die Gegensätze des Zustandekommens der beiden deutschen Teilstaaten können nicht krasser sein.

### **Ein Nachwort**

Manch ein Leser mag sich fragen, warum der Autor einen so langen „Anlauf“ zum eigentlichen Gegenstand, der Gründung der DDR, benötigte.

Das ist verständlich.

Indessen sind mir diese Zusammenhänge auch erst später, im Laufe meines Lebens, so richtig bewusst und deutlich geworden. Deshalb sah ich mich nicht in der Lage, sie auszuklammern.

Die Versuche, im Sinne des Potsdamer Abkommens und gemäß dem geäußerten Willen der Deutschen in Ost und West, die **Einheit Deutschlands zu erhalten und zu verteidigen**, waren gescheitert, waren von den imperialistischen Kräften des Westens nicht erwünscht und wurden von ihnen torpediert, unmöglich gemacht.

Schließlich blieb nur diese Lösung der Gründung der DDR in Ostdeutschland.

Deshalb ist diese Gründung der DDR vor allem Ausdruck eines langfristig eingeleiteten, gegen den vierten Alliierten, die Sowjetunion, gerichteten militärischen und militärstrategischen Bestrebens der USA und ihrer Verbündeten sowie nicht weniger Deutscher, so der um Adenauer, die in ihrer immer wieder unterstrichenen antisowjetischen Einstellung im Sinn des von den USA betriebenen „roll back“ die politischen und militärischen Siege der Sowjetunion, der Roten Armee im Zweiten Weltkrieg zunichte machen oder wenigstens korrigieren wollten, wozu vor allem gehörte, das weitgehend erhalten gebliebene militärische und wirtschaftliche Potential Westdeutschlands in einen künftigen Krieg einbringen zu können.

Nur so kann man die Bedeutung der Gründung der DDR verstehen.

Ihre Entwicklung und ihr Schicksal ist indessen ein anderes Thema.

Erich Buchholz



---

Frank Flegel, Egerweg 8, 30559 Hannover  
Postvertriebsstück,  
DPAG, H 14360  
**Entgelt bezahlt**